

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Kezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 S. Besörd.-Geb., zu 36 S. Zustellungsgeb.; d. Ag. M 1.40 einschl. 20 S. Austrägergeb.; Einzeln. 10 S. Bei Nichterhalten der Zeit inf. höh. Gewalt d. Betriebsfür. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Albstadt. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 57

Albstadt, Montag, den 9. März 1936

58. Jahrgang

### In entscheidender Stunde

Von Reichsminister Dr. Frick

Das deutsche Volk wird sich nach dem Willen des Führers am 29. März 1936 hinter sein Wort stellen, nachdem es hart und unerbittlich für Gleichberechtigung und Freiheit, aber auch zäh und unbeugsam für Frieden und Verständigung eingetreten soll.

Wer die große Rede des Führers am 7. März miterlebt hat, hörte den ehesten Schritt eines geschichtlichen Ereignisses in den Hallen des Reichstages erdröhnen: Inmitten einer Welt des Nichtverstehens, der Erregung und der Zerkleinerung, hat der führende Mann des Führers nach der Vernichtung des Locarno-Vertrages durch das französisch-jowjetrusische Bündnis des Reiches volle Souveränität auf das letzte Stück des Reichsgebietes ausgedehnt, das bisher völlig wehrlos fremden Zugriffen preisgegeben war. Zur gleichen Stunde, in der der Führer und Reichskanzler unter nicht endenwollendem Tadel den Männern des Deutschen Reichstages das Ende des Locarno-Vertrages verkündete, marschierten die Truppen der deutschen Wehrmacht in das bisher entwaffnete Land ein und nahmen es in den Schutz des deutschen Volkes.

Und zur gleichen Stunde vollzog sich über alle Hindernisse hinweg eine Tat von unergleichlicher geschichtlicher Größe: Das Reich hat durch des Führers Tat seine volle Gleichberechtigung wieder erlangt. Fast auf den Tag, nachdem er dem deutschen Volk die Wehrfreiheit vor einem Jahre wiedergegeben hatte, errang er ihm die volle Souveränität auch über die Rheinlandzone. Stolz hängt das Geschick bezeugende Wort:

„Das Reich ist frei!“

Neben der Freiheit soll aber auch der Friede gesichert und nicht einseitiger Willkür überantwortet bleiben. Neuerdings hat der Führer der ganzen Welt einen Friedensplan unterbreitet und darüber hinaus erklärt, daß das Deutsche Reich bereit sei, nunmehr, nachdem es seine volle Souveränität wieder erlangt hat, mit allen Völkern gemeinsam einen Frieden der Ehre und der Gleichberechtigung zu führen.

Düster drohend hängt über der Kultur und Zivilisation Europas der französisch-sowjetrusische Waffenhilfe-Vertrag. Wird der alte Erdball die mahnenden Friedensworte des Führers in dieser geschichtlichen Stunde hören?

In wenigen Tagen wird das deutsche Volk seine Stimme erheben und mit einer Volksabstimmung in einer weltpolitischen Lage, die ihresgleichen sucht, das entschlossene Bekenntnis des Führers zu Freiheit und Frieden millionenfach unterstreichen.

„Ich bin nicht der Diktator, ich will der Führer des deutschen Volkes sein.“ So hat Adolf Hitler in geschichtlicher Stunde der Nation, die er seit drei Jahren kraftvoll durch schwere und entscheidende Entschlüsse geführt hat, zugerufen. In geschichtlicher Stunde wird ihm das ganze deutsche Volk antworten. Die Stunde der deutschen Nation wird das Geschick eines Erdteiles mitentscheiden und wie in einem Kanal für Freiheit und Frieden der Völker aufleuchten.

Das ist der geschichtliche Sinn der Volkswahl, zu der sich für den 29. März 1936 das deutsche Volk rüstet.

### Reichstag aufgelöst

#### Neuwahlen am 29. März

Im Anschluß an die Rede des Führers verlas Ministerpräsident Göring eine Botschaft des Führers, in der der Reichstag mit Ablauf des 28. März aufgelöst wird.

Die Neuwahlen zum Reichstag finden am Sonntag, den 29. März 1936, statt.

### Eröffnung des Wahlkampfes

Dr. Göbbels spricht zum Gan Berlin

Berlin, 8. März. Der Wahlkampf der NSDAP für die Reichstagswahlen am 29. März wird am Dienstag, den 10. März, mit einer Großkundgebung des Ganzen Groß-Berlin beginnen. Reichsminister Dr. Göbbels wird um 20.15 Uhr in der Deutschlandhalle sprechen. Die Kundgebung wird auf den Berliner und den Deutschlandender, den Sportpalast und 200 weitere Säle in Berlin übertragen.

Die Reichstagswahlkampfleitung wurde vom Führer dem Reichsminister Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels übertragen.

## Deutschlands völlige Freiheit hergestellt

### Einmarsch der Wehrmacht in das Rheinland — Ein umfassendes Verständigungsangebot des Reiches Der Reichstag aufgelöst — Neuwahlen am 29. März

### Die Rede des Führers im Reichstag

Männer des Deutschen Reichstages!

Der Präsident des Deutschen Reichstages, Parteigenosse Göring, hat in meinem Auftrag diese heutige Sitzung einberufen, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen zu den Fragen, die nicht nur von Ihnen, sondern vom ganzen deutschen Volk instinktiv als wichtig, ja entscheidend angesehen werden.

Als in den grauen Novembertagen des Jahres 1918 der Vorhang über das blutige Trauerspiel des großen Krieges herabgelassen wurde, atmeten Millionen von Menschen in der ganzen Welt auf. Gleich einem Frühlingsregen ging über die Völker die Hoffnung, daß damit nicht nur eine der traurigsten Verwirrungen der Menschheitsgeschichte ihren Abschluß gefunden, sondern daß eine fehlerhafte und deshalb unheilvolle Zeit ihre geschichtliche Wende erfahren hatte.

Durch alles Kriegsgeschrei, durch wilde Drohungen, Anklagen, Verwünschungen und Beurteilungen hindurch hatten die Auffassungen des amerikanischen Präsidenten die Ohren der Menschheit erreicht, in denen von einer neuen Zeit und einer besseren Welt die Rede war. In zusammen 17 Punkten wurde den Völkern ein Anrecht gegeben für eine solche neue Welt und damit Menschheitsordnung. Was immer auch an diesen Punkten ausgestellt war oder ausgefüllt wurde, sie hatten ohne Zweifel eines für sich: Die Erkenntnis, daß eine menschliche Wiederherstellung früherer Zustände, Einrichtungen und Anfassungen in kurzer Zeit auch wieder zu ähnlichen Folgen würde führen müssen. Und darin lag das Verhängnis dieser Zeiten, daß sie mit unbreitbarer Großartigkeit verlaufen, dem Zusammenleben der Völker neue Gesetze zu geben und es mit einem neuen Geist zu erfüllen, aus dem heraus dann jene Institutionen wachsen und gedeihen konnten, die als Basis aller Nationen berufen sein sollte, die Völker nicht nur äußerlich zusammenzuschließen, sondern vor allem innerlich einander näherzubringen in gegenseitiger Rücksichtnahme und in gegenseitigem Vertrauen. Kein Volk ist der Jauerkraft dieser Phantasie mehr verfallen als das deutsche. Es hatte die Ehre, gegen eine Welt kämpfen zu müssen und das Unglück, in diesem Kampf zu unterliegen. Es war aber als Unterlegener befaßt mit dem Juch der Verantwortung für ein Ringen, das dieses Volk weder geahnt, noch gewünscht hatte. Das deutsche Volk glaubte an diese Zeiten mit der Kraft eines an sich und der Welt Verzweifelnden. Es begann damit seinen Weg in seine leidvollste Zeit. Wir alle sind viele Jahre hindurch Opfer dieses phantastischen Glaubens und damit Objekte der entsetzlichen Folgen geworden. Es ist nicht der Zweck dieser Ausführungen, der juchbaren Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, die unser Volk ergriffen hatte. Ich will nicht von der Verzweiflung reden und dem Schmerz und dem Jammer, den diese Jahre für das deutsche Volk und für uns in sich tragen. Wir waren in einen Krieg gerissen worden, an dessen Ausbruch wir genau so schuldlos oder schuldhaft waren, wie die anderen Völker auch. Wir aber sind gerade als die am meisten Opfernden auch am leichtesten dem Glauben an eine bessere Zeit verfallen.

Allein nicht nur wir, die Unterlegenen, haben die Verwundlung des phantastischen Bildes einer neuen Zeit- und Menschheitsentwicklung in eine jammervolle Realität erlebt, sondern auch die Sieger.

Sollt die Staatsmänner der damaligen Zeit sich in Verfallenes einfinden, um eine neue Weltordnung zu beschließen, sind 17 Jahre vergangen. Zeit genug, um ein Urteil über die allgemeine Tendenz einer Entwicklung fällen zu können. Es ist nicht nötig, daß wir hier aus den Quellen literarischer oder publizistischer Tätigkeit kritische Stimmen über diese Zeit zusammensuchen und aneinander reihen, um so zu einer abschließenden Feststellung zu gelangen, nein: Es genügt, den Blick in die heutige Welt zu lenken, in ihr tatsächliches Erleben, in ihre Hoffnungen und in ihre Enttäuschungen, in ihre Kriege und in ihre Kämpfe, um die eisdarbige Antwort zu erhalten auf die Frage der richtigen Bewertung dieser Entwicklung.

Statt der wärmenden Empfindungen einer allmählichen Entspannung menschlicher Gegensätze erleben wir die sorgenvolle Unruhe, die sich nicht zu vermindern, sondern leider zu steigern scheint.

Argwohn und Haß, Neid und Habgier, Mißtrauen und Verdächtigung sind die läh- und sichtbarsten Empfinden, die die Völker beherrschen.

Jener Friede, der einst als Schlüßstein gelegt werden sollte über der vermauerten Gruft des Krieges wurde zur Drahtklatte neuer Kämpfe. Wohin wir seitdem blicken, erleben wir das Aufflackern innerer und äußerer Unruhen. Kein Jahr vergeht, in dem nicht seitdem irgendwo auf dieser Erde

nach dem Kläuten der Friedensglocken das Getöse der Waffen vernnehmbar ist. Wer will sich wundern, daß aus einer solchen tragischen Enttäuschung heraus auch im Inneren der Völker das Vertrauen zur Möglichkeit einer Weltordnung erschüttert wird, die in so katastrophaler Weise zu verfallen scheint? Neue Vorstellungen versuchen sich der Menschheit zu bemächtigen und die sie gewinnen, sofort als Kämpfer für neue Eroberungen auszuheben. Die Weltgeschichte wird einmal feststellen, daß seit der großen Kriegsbeendigung die Erde von geistigen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen heimgesucht wurde, wie sie im allgemeinen nur in Jahrtausenden auftreten, um Völkern und Kontinenten ihren besonderen Sinn und Charakter zu geben. Man bedenke:

Seit dieser Zeit ist die Spannung zwischen den Völkern größer geworden als je zuvor war.

Die bolschewistische Revolution brüht einem der größten Reiche der Erde nicht nur äußerlich seinen Stempel auf, sondern legt es innerlich in einen unüberbrückbaren weltanschaulichen und religiösen Gegensatz zu der umliegenden Völkern und Staaten. Nicht nur allgemein menschliche, wirtschaftliche oder politische Auffassungen brechen zusammen und begraben ihre bisherigen Vertreter, Parteien, Organisationen und Staaten unter sich, nein: eine Welt übernationaler Vorstellungen wird eingetrieben, ein Gott wird entthront, Religionen und Kirchen ausgerottet, das Denken verdrängt und ein qualvolles Dasein als das einzige Schicksal proklamiert. Kaiser- und Königtümer hängen und entwurzeln sich allmählich logar in der Erinnerung, genau so wie umgekehrt wieder parlamentarische Demokratie von den Völkern aufgegeben werden, um neue Staatsgebilden in ihre Stelle zu setzen. Und parallel damit werden wirtschaftliche Maxime, die früher geradezu als Grundlage des menschlichen Gemeinschaftslebens gegolten haben, überwunden und abgelöst von konträren Auffassungen; dazuwischen lenken sich die Schreden der Arbeitslosigkeit und damit des Hungers und des Stens über die Völker und schlagen Millionen Menschen in ihren Vann. Diese erstaunte Menschheit aber sieht, daß der Kriegsgott seine Kräfte nicht abgelegt hat, sondern im Gegenteil schwerer gepanzert denn je über die Erde schreitet. Wenn früher Armeen von Hunderttausenden für die Ziele einer imperialistischen Diktatur, Kabinetts- oder Nationalitätenpolitik eintraten, dann sind es heute Millionenarmeen, die für neue geistige Vorstellungen, für Weltrevolutionen, Bolschewismus oder logar „Nie-Wieder-Krieg“-Idole zum Kriege rufen, und die Völker dafür in Bewegung setzen.

Meine Abgeordneten!

Wenn ich Ihnen und dem deutschen Volke diese Tatsachen vor Augen führe, geschieht es weniger, um Ihr Verständnis zu erweitern für die Größe der Zeit, in der wir leben, als vielmehr für die Unzulänglichkeit der geistigen und sachlichen Arbeit jener, die sich einst als berufen aufspielten, der Welt eine neue Epoche friedlicher Evolution und geeigneter Wohlfahrt zu schenken.

Und noch etwas möchte ich in dieser Stunde feststellen: An dieser Entwicklung sind nicht wir schuld, denn es lag nicht in unserer Kraft oder in unserem Vermögen, nach dem juchbaren Zusammenbruch und in der Zeit der Demütigung und wehrlosen Mißhandlung der Welt Ideen zu geben oder gar Gesetze des Lebens vorzuschreiben. Das taten die mächtigen Regierenden dieser Erde Deutschland aber gehörte mehr als 15 Jahre nur zu den Regierten. Ich erwähne dies weiter, weil ich dem deutschen Volk und vielleicht darüber hinaus auch anderen Menschen das Auge öffnen möchte für die Erkenntnis, daß die Befolgung fehlerhafter, weil unrichtiger Grundzüge, auch zu fehlerhaften solchen Ergebnissen führen muß.

Daß wir selbst als Leidtragende dieser Entwicklung besonders schwer getroffen wurden, hängt, wie schon betont, zum Teil mit unserem tiefen Sturz zusammen. Allein, daß die ganze Welt in diese Zeit andauernder Spannungen und fortwährender Kriege fiel, ist zurückzuführen auf die geringe Vernunft und Einsicht, mit der die Probleme der Völker in einzelnen und untereinander gesehen und behandelt werden.

Diese Entwicklung aber nahm ihren Ausgang von jenem ungelungenen Vertrag, der einst als ein Werk menschlicher Kurzsichtigkeit und unvernünftiger Leidenschaft in der Geschichte als Musterbeispiel gelten wird, wie man Kriege nicht beenden darf, wenn man nicht neue Wirrnisse über die Völker zu bringen beabsichtigt. Aus dem Geiste dieses Vertrages kam bei seiner engen Verbindung mit der Konfirmierung der Gemeinschaft der Nationen die Vorbekämpfung des Völkerbundes und damit auch dessen Entwertung. Seitdem besteht die Distanz zwischen der durch den Friedensvertrag eingeteilten Welt in Besiegte, d. h. Rechtlose, und Sieger, d. h. Unüberlegte und den allein denkbaren Grundlinien des Völkerbundes als ei-

ner Gemeinschaft freier und gleicher Nationen. Aus der geistigen Atmosphäre dieses Vertrages heraus kam auch die kurzfristige Behandlung zahlreicher politischer und ökonomischer Fragen der Welt. Völkergrenzen wurden gezogen, nicht nach den klaren Notwendigkeiten des Lebens und der Berücksichtigung gegebener Traditionen, sondern beherrscht von dem Gedanken der Macht und der Vergehung und damit wieder begleitet von den Gefühlen der Angst und der Befürchtungen gegenüber der sich daraus möglicherweise ergebenden Revolution. Es gab einen Augenblick, da hätten es die Staatsmänner in der Hand gehabt, durch einen einzigen Appell an die Vernunft und auch an das Herz der Soldaten der kämpfenden Millionenarmeen der Völker eine brüderliche Verständigung einzuleiten, die der Welt vielleicht auf Jahrhunderte für das Zusammenleben der Nationen und Staaten unendliche Erleichterungen geschenkt haben würde. Es geschah aber das Gegenteil. Das Schlimmste aber ist, daß der Geist des Hasses dieses Vertrages überging in die allgemeine Mentalität der Völker, daß er die öffentliche Meinung zu insizieren und damit zu beherrschen anfing und daß nun aus diesem Geist des Hasses heraus die Unvernunft zu triumphieren begann, die die natürlichen Probleme des Völkerlebens, ja selbst die eigenen Interessen verlor und mit dem Gift verblendeter Leidenschaftler verhärtete.

Daß die Welt heute von sehr viel Unheil heimgegriffen wird, ist weder zu übersehen, noch zu bestreiten. Das Schlimmste aber ist, daß aus dem Geist dieser Verbohrtheit heraus, nicht nur die Ursachen dieses Unglücks nicht gesehen werden wollen, sondern daß man sich geradezu an diesem Unglück weidet und in der öffentlichen Diskussion mit mehr oder weniger großer Schadenfreude festhält, wie bedroht oder gefährdet die Lebensmöglichkeiten des einen oder des anderen Volkes sind.

Daß die Welt z. B. kein Verständnis aufbringen will für die Ursachen über die Schwere der Lebensbehaftung des deutschen Volkes, ist bedauerlich. Geradezu erschütternd aber ist, jeden Tag in so und so viel Presseorganen lesen zu können, mit welcher Befriedigung man die Sorgen wahrnimmt, die das Leben anderer Völker zwangsläufig begleiten. Soweit es sich um belanglose Literaten handelt, mag dies noch hingehen. Böse aber ist es, wenn auch Staatsmänner beginnen, in den öffentlichen oder vermeintlichen Anzeichen von Not und Elend eines Volkes erfreuliche Momente für die Beurteilung der allgemeinen Lage und ihrer Zukunft zu sehen.

Dies begann aber im Jahre 1918. Damals lebte in besonders eindringlicher Weise jene „Staatsluke“ ein, die durch Unvernunft Probleme schafft, um dann an ihrer Lösung entweder zu verzagen oder fortgesetzt angestrengt anzustreben. Jede Unvernunft, die gänzlich übersehen, daß ungeschichtliche staatliche Volkserregungen nicht den geschichtlichen tatsächlichen Faktor eines Volkes bezeichnen, sondern nur die mögliche Wahrnehmung der Lebensinteressen, die Organisierung der Lebensbehaftung erschweren oder sogar unmöglich machen. Das war jene Unvernunft, in der man z. B. im Falle Deutschland einer 65-Millionen-Nation mit wissenschaftlicher Methodik erst alle möglichen Lebensstränge nach außen abkürzte, alle wirtschaftlichen Verbindungen raubte, alle Auslandskapitalien konfiszierete, den Handel vernichtete, dann dieses Volk mit unermesslichen astronomischen Schulden belastete, ihm endlich, um diese Schulden abtragen zu können, ausländische Kredite gab, um die Kredite verginzeln zu können, einen Export am jeden Preis heranzüchtete, endlich die Absatzmärkte vermanerte, dieses Volk somit einer fortschreitenden Verarmung und Verelendung entgegentrieb und nun über mangelnde Zahlkraft oder den bösen Willen klagte. Das aber bezeichnet man dann als „weisse Staatsluke“!

Meine Abgeordneten des Deutschen Reichstages! Wenn ich diese psychologischen Probleme immer so ausführlich behandle, so geschieht es, weil ich der Überzeugung bin, daß man ohne eine Umstellung in der geistigen Betrachtung der Ausgestaltung unserer internationalen Völkerbestimmungen niemals zu dem Reichtum einer wirklichen Befriedigung der Menschheit kommen wird.

Auch die heutigen schicksalsschweren Spannungen, die wir in Europa erleben, verdanken ihre Entstehung dieser wahrhaft brüllenden Unvernunft, mit der man glaubt, mit den natürlichen Belangen der Völker umspringen zu können. Es gibt heute Völkler, die sich nur dann sicher zu fühlen scheinen, wenn das innere Verhältnis der angrenzenden Völker zu ihren Lebensmöglichkeiten ein möglichst ungünstiges ist. Und zwar: Je ungünstiger, um so triumphaler scheint ihnen der Erfolg ihrer weitläufigen Politik zu sein. Ich möchte, daß das deutsche Volk an dieser Unvernunft lernt und selbst nicht in ähnliche Fehler verfällt. Ich möchte, daß die deutsche Nation lernt, in Völkern geschichtliche Realitäten zu sehen, die der Phantast wohl wegwünschen kann, die aber tatsächlich gar nicht wegwendbar sind. Das ist unvernünftig ist, diese geschichtlichen Realitäten in einen Gegenstand bringen zu wollen zu den Erfordernissen ihrer möglichen Lebensbehaftung und zu ihren verständlichen Lebensansprüchen. Ich möchte daher, daß das deutsche Volk die inneren Beweggründe der nationalsozialistischen Außenpolitik versteht, die es z. B. auch als sehr schmerzhaft empfindet, daß der Zugang eines 33-Millionen-Volkes zum Meer über einziges Reichsgebiet führt, die es aber als unvernünftig, weil unmöglich erkennt, einem so großen Staat den Zugang zum Meer einfach abstreifen zu wollen. Es kann nicht der Sinn und der Zweck einer überlegenen Außenpolitik sein, Zustände herbeizuführen, die dann zwangsläufig sofort nach ihrer Veränderung schreien würden. Es ist wohl möglich, daß, besonders unter Berufung auf die „Macht“-Politik, solche Vergewaltigungen natürlicher Lebensinteressen vornehmen können, allein je mehr und je häufiger und in je schwereren Fällen dies geschieht, um so größer wird der Druck nach einer Entladung der aufgeregten und vergewaltigten Kräfte und Energien sein. Dies führt dann zur Häufung immer neuer Mittel zur Abwehr und reizt damit wieder zwangsläufig den Gegenstand der zusammengedrückt werden sollenden Lebensenergien des betroffenen Volkes. Und dann lebt die Welt in angstvoller Unruhe und Spannung drohender Explosionen und will nicht erkennen, daß in Wirklichkeit nur die Unvernunft seiner sogenannten Staatsmänner an diesen bedrohlichen Entwicklungen schuld ist. Wie viel Sorgen würden der Menschheit und besonders den europäischen Völkern erspart geblieben sein, wenn man natür-

liche und leidensverantworte Lebensbedingungen respektiert und bei der politischen Gestaltung des europäischen Lebensraumes sowohl als auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit berücksichtigt haben würde.

Dies aber scheint mir unbedingt erforderlich zu sein, wenn man in der Zukunft bessere und befriedigendere Resultate erreichen will als jetzt. Und dies gilt besonders für Europa. Die europäischen Völker stellen nun einmal eine Familie auf dieser Welt dar. Ob etwas freundschaftlich, aber trotz alledem miteinander verwandt, verschwägert und verschwägert, geistig und kulturell sowohl als wirtschaftlich voneinander nicht zu trennen, ja nicht einmal auseinander zu denken. Jeder Versuch, die europäischen Probleme anders als nach den Gesetzen einer fühlenden und überlegenen Vernunft zu sehen und zu behandeln, führt zu Reaktionen, die für alle unangenehm sein werden. Wir leben in einer Zeit des inneren sozialen und gesellschaftlichen Ausgleichs der Völker. Der Staatsmann, der den Sinn dieser Zeit nicht erkennt, und in dieser Richtung nicht auf den Wegen von Konzessionen ausgleichend in seinem Volke die Spannungen zu mildern und wenn möglich zu beseitigen, wird eines Tages den Explosionen erliegen, die dann zwangsläufig entweder den Ausgleich herbeiführen werden oder, was noch wahrscheinlicher ist, zunächst ein chaotisches Trümmersfeld zurücklassen. Es ist weise von einer Staatsführung, der turbulenten Unvernunft die Zügel anzulegen, allein dann aber auch dem ernstlichen Drange der Zeit zu gehorchen u. überlegen zu dem sozialen Ausgleich hinzuwirken, der das eine Extrem abbaut, ohne deshalb dem anderen Extrem zu erliegen. So läßt sich heute für Europa die Prognose aussprechen, daß dort, wo dieser Prozeß nicht in so überlegener Weise geleitet wird oder gar mißlingt, die Spannungen zunehmen werden, um endlich, dem geistigen Zuge dieser Zeit gehorchend, von selbst zum Ausgleich zu drängen. Es gehört aber auch zur Weisheit des Anbauens und der Erhaltung einer Völkerfamilie, wie diese in Europa gegeben ist, diese inneren sozialen Geetze auch überstaatlich anzuwenden. Es ist wenig klug, sich einzubilden, auf die Dauer in einem so beschränkten Hause wie Europa eine Völkergemeinschaft verschiedener Rechtsordnung und Rechtswertung aufrecht erhalten zu können. Jeder solche Versuch führt zu einer Auflosung der Willensenergien bei den von dem Unrecht Betroffenen und damit natürlich wieder zu einer Ausladung der Angewandten bei den Schuldigen. Ich halte aber eine solche Entwicklung nicht nur für nicht vernünftig, sondern im Gegenteil für sinnlos und außerdem für sehr gefährlich. Ich halte sie für besonders kritisch, wenn dazu noch eine geistige Verelendung stattfindet, die, ausgehend von kurzfristigen literarischen und international bekannten Unruhefaktoren, hinter diese Unvernunft auch noch die Leidenschaft aufgeschichtet und verwirrter Volksmassen mobilisiert. Wenn ich diese Befürchtungen ausspreche, dann drücke ich nur das aus, was Millionen Menschen ahnen, fühlen oder erleben, ohne sich vielleicht über die tieferen Ursachen Rechenschaft ablegen zu können. Ich habe aber in Recht dazu, vor Ihnen, meine Herren Abgeordneten des Reichstages, diese meine Auffassungen darzulegen, weil sie zugleich die Erklärung sind für unser eigenes politisches Erleben, für unsere Arbeit im Innern des Volkes als auch für unsere Stellungnahme nach außen.

Wenn die übrige Welt oft von einer „deutschen Frage“

pricht, dann wird es zweckmäßig sein, sich zugleich eine objektive Klarheit über das Wesen dieser Frage zu verschaffen. Für nur manche besteht diese „Frage“ im deutschen Regime, in dem gar nicht begriffenen Unterschied des deutschen Regimes gegenüber anderen Regimen in der als bedrohend empfundenen sogenannten „Autokratie“ und in all dem, was man in der Folge dieser Autokratie als Fata Morgana zu sehen vermeint. Diese Frage besteht für viele in der behaupteten Reglosigkeit des deutschen Volkes, in den schummernden Angriffsbahnen oder in der teuflischen Geschicklichkeit der Ueberlistung seiner Gegner.

Rein, meine Herren Politiker! Die deutsche Frage besteht in etwas ganz anderem. Hier leben auf einem sehr begrenzten und nicht überall fruchtbaren Boden 67 Millionen Menschen. Das sind rund 136 auf einen Quadratkilometer. Viele Menschen sind nicht weniger fleißig als die anderen europäischen Völker, aber auch nicht weniger anspruchslos. Sie sind nicht weniger intelligent, aber auch nicht weniger lebenswillig. Sie haben genau so wenig Sehnsucht, sich für eine Phantastik um jeden Preis bereuhen tollziehen zu lassen als etwa der Franzose oder der Engländer. Sie sind aber auch nicht feiger und auf keinen Fall sind sie etwas ehrloser als die Angehörigen anderer europäischer Völker. (Stürmischer Beifall.)

Sie sind einst in einen Krieg hineingerissen worden, an den sie so wenig glaubten wie andere Europäer und für den sie auch genau so wenig verantwortlich waren. Der heutige junge Deutsche von 25 Jahren war zur Zeit der Vorgeschichte und des Beginns des Krieges gerade ein Jahr alt, also wohl kaum verantwortlich zu machen für diese Völkerverkatastrophe. Ja selbst der jüngste Deutsche, der dafür verantwortlich hätte sein können, war bei der damaligen Festlegung des deutschen Wahlalters 25 Jahre alt. Er zählt somit heute zumindest 50 Jahre, d. h. die überwältigende Mehrheit der Männer des deutschen Volkes hat den Krieg einfach zwangsläufig mitgemacht, wie die Masse des überlebenden französischen oder englischen Volkes auch. Wenn sie anständig waren, dann haben sie damals genau so ihre Pflicht erfüllt, sofern sie schon das Alter dazu belassen, wie dies jeder anständige Franzose und Engländer tat. Wenn sie unanständig waren, haben sie dies unterlassen und vielleicht verdient oder für die Revolution gearbeitet. Diese sind aber heute gar nicht mehr in unseren Reihen, sondern sie leben zum größten Teil als Emigranten bei irgend welchen internationalen Göttern. Dieses deutsche Volk hat genau so viele Vorfürze als andere Völker und natürlich auch genau so viele Nachteile und Gebrechen. Die deutsche Frage lag nun darin, daß dieses Volk z. B. noch im Jahre 1935 für eine Schuld, die es nie begangen hat, eine in derberechtigung tragen soll, die für ein ehrliebendes Volk unerträglich, für ein fleißiges Volk leidvoll und für ein intelligentes Volk empörend ist. Die deutsche Frage besteht weiter darin, daß man durch ein System unvernünftiger Hand-

gen, Maßnahmen, hagerfüllter Verhehungen sich bemüht, den an sich schon sehr schweren Kampf um die Lebensbehaftung noch mehr zu erschweren und nicht nur künstlich, sondern wider natürlich und unnützlich zu erschweren. Denn es hat von dieser Erschwerung der deutschen Lebensbehaftung die übrige Welt nicht den geringsten Vorteil.

Auf den deutschen Menschen trifft pro Kopf der Bevölkerung 18 mal weniger Grund als z. B. auf einen Russen. Es ist verständlich, wie schwer allein dadurch der Lebenskampf um das tägliche Brot sein muß und es auch ist, ohne die Tüchtigkeit und den Fleiß des deutschen Bauern und die organisatorische Fähigkeit des deutschen Volkes wäre eine Lebensführung für diese 67 Millionen kaum denkbar. Was aber soll man aus von der geistigen Einfalt jener halten, die diese Schwierigkeiten vielleicht sogar erkennen und sich dennoch kindlich in Presseartikeln, Publikationen und Vorträgen über unser Elend freuen ja geradezu triumphierend jedem Anzeichen dieser unlerer inneren Not nachspüren, um sie der anderen Welt mitteilen zu können! Sie würden anscheinend glücklich sein, wenn diese Not bei uns noch viel größer wäre, wenn es uns nicht gelänge durch Fleiß und Intelligenz sie immer wieder erträglich zu machen. Sie haben keine Ahnung davon, daß die deutsche Frage ein ganz anderes Gesicht bekommen würde, wenn erst einmal die Fähigkeit und der Fleiß dieser Millionen erlahmen und damit nicht nur das Elend, sondern auch die politische Unvernunft ihren Einzug halten würden. Und dies ist eine der deutschen Fragen, und die Welt kann nur interessiert sein daran, daß diese Frage der Sicherung der deutschen Lebensbehaftung von Jahr zu Jahr erfolgreich gelöst werden kann, genau so wie ich wünsche, daß auch das deutsche Volk die in seinem eigenen Interesse liegende glückliche Lösung dieser Lebensfragen bei anderen Völkern begreift und würdigt. (Stürmischer Beifall.)

Die Klärung dieser Frage in Deutschland ist aber zunächst eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst und braucht die übrige Welt überhaupt nicht zu interessieren. Sie berührt die Interessen anderer Völker nur insofern, als das deutsche Volk bei der Lösung dieser Frage gezwungen ist, wirtschaftlich als Käufer und Verkäufer auch mit den anderen Völkern Verbindungen aufzunehmen. Und hier würde es wieder nur im Interesse dieser anderen Welt liegen diese Frage zu verstehen, d. h. zu begreifen, daß der Schrei nach Brot für einem 40, 50 oder 60-Millionenvolk nicht eine ausgefachte Vorkriegsart des Regimes oder bestimmter Regierungen ist, sondern eine natürliche Folge des Dranges zur Lebensbehaftung. Und daß laute Völker vernünftiger sind als hungrige und daß nicht nur die eigenen Regierungen interessiert sein sollen an einer ausreichenden Ernährung ihrer Bürger, sondern ebenso auch die umliegenden Staaten und Völker. Und daß daher die Ermöglichung einer solchen Lebensbehaftung im höchsten Sinne des Wortes im Interesse aller liegt. Es blieb der Vortriebszeit vorbehalten, die gegenteilige Auffassung zu finden und selbst als Kriegsgrund zu proklamieren, wenn nicht die Meinung, daß ein Teil der europäischen Völkerfamilie umso besser fahren würde, je schlechter es den anderen ginge.

Das deutsche Volk braucht keine besonderen Weisheiten zu seiner Lebensbehaftung. Es will nur keine schlechteren Chancen befehlen als sie auch anderen Völkern gegeben sind. Dies aber ist die eine deutsche Frage.

Und die zweite deutsche Frage ist folgende: Weil infolge der außerordentlich unglücklichen allgemeinen Verhältnisse und Voraussetzungen der wirtschaftliche Lebenskampf des deutschen Volkes sehr schwer ist, die Intelligenz, der Fleiß und damit der natürliche Lebensstandard aber sehr hoch sind, ist eine außerordentliche Anspannung aller Kräfte notwendig, um diese erste deutsche Frage zu meistern. Es kann dies aber überhaupt nur dann gelingen, wenn dieses Volk auch nach außen hin das Gefühl der politischen Gleichberechtigung und damit der politischen Sicherheit besitzt. Es ist unmöglich, ein Volk von Ehrgefühl und von Tapferkeit in der Welt auf die Dauer als Heloten halten oder gar leiten zu können. Es gibt keine bessere Beschäftigung für die angeborene Friedensliebe des deutschen Volkes als die Tatsache, daß es sich trotz seiner Fähigkeit und trotz seiner Tapferkeit, die wohl auch von den Gegnern nicht bestritten werden können, sowie trotz seiner großen Volksgut an einen so entscheidenden Anteil am Lebensraum und an den Lebensgütern der Welt gesichert hat. Allein gerade diese immer mehr nach innen gewandte Art des deutschen Volkes verträgt es nicht, in unwürdiger Weise entrechtet oder mißhandelt zu werden.

Indem der ungleiche Friedensvertrag von Versailles die geschichtlich geradezu einzige Verewigung eines Kriegsausganges nach der moralischen Seite hin festlegen wollte, hat er jene deutsche Frage geschaffen, die ungeleitet eine trübselige Belastung Europas und gelöst eine Befreiung Europas darstellt.

Und ich habe mir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahre 1919 vorgenommen, diese Frage einmal zu lösen; nicht weil ich Frankreich oder irgend einem anderen Staat etwas zuleide tun will, sondern weil das deutsche Volk auf die Dauer das ihm zugefügte Leid nicht tragen kann, nicht tragen will und nicht tragen soll! (Nicht endenwollender Beifall.)

Im Jahre 1932 stand Deutschland am Rande des bolschewistischen Zusammenbruchs. Was dieses Chaos in einem so großen Staat für Europa bedeutet haben würde, werden ja vielleicht einzelne europäische Staatsmänner in der Zukunft an anderen Orten noch Gelegenheit erhalten zu studieren. Ich habe aber jedenfalls die Ueberwindung dieser äußerlich gerade wirtschaftlich am sichtbarsten in Erscheinung tretenden Krise des deutschen Volkes nur erreicht durch die Mobilisierung der allgemeinen sittlichen und moralischen Werte der deutschen Nation. Der Mann, der Deutschland vom Bolschewismus retten wollte, der mußte die Frage der deutschen Gleichberechtigung zur Entscheidung und dadurch zur Lösung bringen. Nicht, um anderen Völkern ein Leid zuzufügen, sondern im Gegenteil, um ihnen durch die Beendigung des Hereinbrechens eines im letzten Ausmaß für Europa gar nicht vorstellbaren Ruins, vielleicht sogar noch ein großes Leid zu erparen. Denn die Wiedererlangung der deutschen Gleichberechtigung hat dem französischen Volk nichts Schmerzliches zugefügt. Allein der rote Aufruhr und der Zusammenbruch des deutschen Reiches hätten der europäischen Ordnung und der europäischen Wirtschaft einen Schlag veretzt, von dem

Politik, als Frankreich so stark wie möglich zu machen und die europäischen Widerstandskräfte zusammenzufassen. Die Wiederaufrüstung des Rheinlandes, so erkennt das Blatt jedoch, müsse als eine vollzogene Tatsache betrachtet werden. Man könne dem Völkerbundrat die Aktion anzeigen und dabei müsse es sein Bewenden haben. Sühnemagnahmen zu fordern, in allen Teilen andere Truppen zu mobilisieren als die augenblickliche Sicherheit erfordere, würde zu nichts anderem dienen als vielleicht Trugbilder zu schaffen. Es sei klar, daß die deutschen Soldaten im Rheinland nur durch Kanonen wieder aus dem Rheinland vertrieben werden könnten. Warum eine Inzenerierung veranstalten, die nur lächerlichen Redereien Platz lasse?

### Englische Kabinettsitzung heute Montag

London, 9. März. Außenminister Eden verbrachte den Sonntag in Gesprächen mit den führenden Beamten des Foreign Office. Er hatte Sonntagabend eine Unterredung mit dem französischen Botschafter Corbin, den er schon am Vormittag gesprochen hatte. Nach der Rückkehr Baldwins hatte er auch eine Aussprache mit dem englischen Ministerpräsidenten.

Die Sitzung des englischen Kabinetts ist für heute Montagvormittag 11 Uhr angesetzt. Es gilt in London jetzt als selbstverständlich, daß der größte Teil dieser Kabinettsitzung den jüngsten Entwicklungen in der europäischen Lage gewidmet sein wird.

### Der Völkerbundrat zum 13. März einberufen

Genf, 8. März. Beim Völkerbundssekretariat ist am Sonntagabend das Telegramm der französischen Regierung eingetroffen, in dem wegen der deutschen Maßnahmen in der entmilitarisierten Zone die sofortige Einberufung des Völkerbundsrates beantragt wird. Das Telegramm der französischen Regierung ist, wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, sofort den übrigen Mitgliedern des Völkerbundsrates sowie der belgischen und der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Wie verlautet, wurde dabei an die deutsche Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie sich bei der Prüfung der Angelegenheit vertreten lassen wolle.

Der amtierende Ratspräsident Bruce-Australien hat den Rat auf Freitag, 13. März, vormittags 11 Uhr, einberufen. Auch die belgische Regierung hat in einem kürzeren Telegramm den Völkerbundrat mit der Angelegenheit beauftragt.

### Konferenz der Locarnomächte am Dienstagvormittag in Paris

Paris, 8. März. Die Beratung der Locarnomächte wird, wie ergänzend vom Ministerrot verlautet, am Dienstagvormittag im Kabinett des Außenministers Flandin im Quai d'Orsay stattfinden. England wird durch Eden, Belgien durch Vanzeeland, Italien durch den Botschafter Cerutti vertreten sein. Außenminister Flandin wird nicht in der Lage sein, sich zu den Beratungen des Ahtzehnerausschusses, die auf Dienstag angesetzt sind, nach Genf zu begeben.

Außenminister Flandin muß Dienstagnachmittag in der Kammer anwesend sein, weil die Regierung beabsichtigt, eine Erklärung über die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen abzugeben.

### Feier des Heldengedenktags

Staats- in der Staatsoper

Berlin, 8. März. Im Mittelpunkt der Feier des Heldengedenktages stand die Feier der Wehrmacht als Staatsakt in der Berliner Staatsoper unter den Linden. In der Loge des Führers nahmen das gesamte Reichskabinett und die obersten Führer der deutschen Wehrmacht Platz. Der Führer, der bei seinem Erscheinen mit dem deutschen Gruß empfangen wurde, sprach mit dem greisen Oberführer des Weltkrieges, Generalfeldmarschall von Hindenburg, und wies ihm den Platz zu seiner Rechten an. Die weidewollen Klänge des Trauermarsches der Eroica leiteten die Feierstunde ein.

Dann nahm der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst von Blomberg, das Wort zu einer Gedenkrede. Er erinnerte einleitend an den Heldengedenktag des vergangenen Jahres, der für immer im Bewußtsein deutscher Menschen verbunden bleiben werde mit dem vordringenden Tag, dem Gründungstag der neuen deutschen Wehrmacht. Wie jener Tag der Beginn eines neuen Abschnittes deutscher Geschichte gewesen sei, eines Abschnittes, der nur einem Ziele diene, dem Frieden Deutschlands und dem Frieden der Welt, so diene auch das Gedenken des gekrönten Tages diesem Zweck. Der Minister gedachte dann der Millionen Gefallenen, deren wir immer in unaussprechlicher Dankbarkeit gedenken werden. Dieser Dank gelte auch den Blutzugenen der nationalsozialistischen Bewegung und den Opfern der Freikorps und der Frontkämpferbünde. Auch der Angehörigen der jungen Wehrmacht, insbesondere ihres jüngsten Teiles, der neuerschaffenen Luftwaffe, die den Soldatentod gestorben seien, gedächten wir in kolger Trauer. Wir sollen unseren Dankesritzen auch den tapferen Soldaten unserer früheren Verbündeten und unseren Kämpfern den nicht minder tapferen Gegnern im Weltkrieg.

In seiner weiteren Ansprache warnte der Reichskriegsminister vor der falschen Romantik des frühfrühlichen Krieges und ebenso vor dem falschen Bild eines unentwegten Heroismus. Zum Schluß seiner Rede unterstrich der Minister die Tatsache, daß dieses erste Jahr der Wehrmacht zugleich ein Jahr des Friedens gewesen sei. Die Schuld am allgemeinen Weltfrieden liege wahrhaftig nicht bei Deutschland, das nur das eine Ziel habe, in Sicherheit und Ruhe an seinem friedlichen Aufbau arbeiten zu können.

Im Gedenken an die gefallenen Helden senkten sich, während die Musik klang, das Volk vom guten Kameraden spielte, die Fahnen der alten Regimenter. Das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied beendeten die Feier in der Staatsoper.

Am Ehrenmal fand die weitere Gefallenenfeier und der Wehrmarsch der Truppen vor dem Führer statt.

### Noch keine englische Antwort an Frankreich

Um militärische Unterstützung und Bündnis

London, 7. März. Das englische Kabinett hat bisher noch nicht entschieden über die Antwort, die auf Verlangen Flandins nach einer Zusicherung militärischer Unterstützung Englands auf Grund des Locarno-Vertrages erteilt wird. Die französische Forderung ist auf der Kabinettsitzung am Donnerstag erörtert worden. Sie wird der Gegenstand weiterer Kabinettsbesprechungen am Montag vor der Rückreise Edens nach Genf sein.

Der diplomatische Mitarbeiter Reuters meldet, die Forderung Flandins müsse im Lichte der Andeutungen Mussolinis über seine Stellungnahme im Falle einer Versperre betrachtet werden. Als Gegenmaßnahme gegen eine Versperre habe Mussolini mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund, der Kündigung des italienisch-französischen Militärvertrages und der Nichtunterzeichnung des Flottenabkommens gedroht. Er habe aber nicht angedeutet, daß er seine Locarno-Verpflichtungen nicht erfüllen werde.

Die allgemeine Ansicht in London gehe dahin, daß die Forderung Flandins schwerlich endgültig beantwortet werden könne, solange nicht das Ergebnis des Friedensauftrages an Italien und Belgien bekannt sei. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die englische Regierung bis zur italienischen Antwort auf den Appell eine vorläufige Antwort an Frankreich senden und ihre endgültige Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben werde. Die englische Regierung könne mehrere Verfahren einschlagen, die jedoch sämtlich von dem Ergebnis des Friedensappells abhängen. Zum Beispiel könne England antworten, daß keine Generalstabsverhandlungen über eine militärische Unterstützung im Falle eines Angriffs mit Frankreich begonnen werden können, wenn nicht gleichzeitig ehrliche Besprechungen mit Deutschland eröffnet werden, um die Unparteilichkeit Englands als Partner des Locarno-Vertrages aufrecht zu erhalten. Andernfalls könne England auf das letzte Interview mit dem „Paris-Midi“ zurückgreifen und eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen versuchen, indem es eine allgemeine Besprechung deutsch-französischer Probleme einschließlich der entmilitarisierten Zone und des West-Lustpastes zustande bringen würde.

Aus Paris meldet Reuters, daß man dort die englische Antwort mit größter Spannung erwarte.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost“ meldet, das englische Kabinett habe eine französische Denkschrift vorliegen. Sie sei von Flandin und Paul Boncour verfaßt. Eden habe sie nach London mitgebracht. In ihr erinnere die französische Regierung zur Unterstützung ihrer Forderung nach neuen Zusicherungen daran, daß sie der britischen Forderung nach Unterstützung im Mittelmeer nachgegeben sei. Bei der Beurteilung der voraussichtlichen englischen Antwort, so fügt der Mitarbeiter hinzu, müsse man beachten, daß England wiederholt seine Treue zum Locarno-Vertrag versichert, aber sich stets geweigert habe, im voraus irgend welche Sondergespräche zu machen. Im vorliegenden Falle könnte jedoch ein Festhalten an dieser Stellungnahme eine Verweigerung der französischen Mitarbeit bei Sühnemagnahmen zur Folge haben. Dabei sei es wohl möglich, daß die Regierung beschließen werde, in der Frage der Zusicherungen einen Schritt vorwärts zu tun.

### Italien nimmt an

Rom, 8. März. Im italienischen Ministerrat wurde die grundsätzliche Annahme des Völkerbunds-Appells im Abessinien-Krieg beschlossen.

### Explosion in einer Mailänder

Auto- und Flugzeugmotorenfabrik

Bisher 15 Tote geboren

Mailand, 7. März. In der großen Mailänder Auto- und Flugzeugmotorenfabrik Votta-Trasporti erfolgte Samstag früh eine große Explosion. Bis jetzt wurden 15 Tote aus den Trümmern geborgen. Die Zahl der Opfer dürfte sich noch erhöhen.

Die Explosion ereignete sich in einem Metallschmelzofen mit großer Stichlampe. Das Gebäude, in dem der Ofen stand, wurde in Trümmer gelegt. Die anderen Abteilungen der Fabrik wurden nicht beschädigt. Der Knall war in einem Umkreis von 15 Kilometern zu hören. Ein Knabe, der sich in der Nähe der Fabrik aufhielt, wurde durch den Luftdruck zehn Meter weit fortgeschleudert. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

### Flughalle mit elf japanischen Flugzeugen abgebrannt

Schanghai, 7. März. Die große japanische Flughalle auf dem Flugplatz von Soeul in Korea wurde am Samstag morgen von einem Großfeuer völlig zerstört. Neun japanische einstufige Militärflugzeuge und zwei Berkehofflugzeuge für je zehn Personen wurden ein Raub der Flammen. Der Sachschaden beträgt eine Million Yen. Die Ursache des Brandes ist bisher noch nicht festgestellt.

### Kommunisteneinfall in die Provinz Schansi

Schanghai, 7. März. (Nachricht des DNB.) In die Provinz Schansi sind 20 000 Kommunisten eingedrungen. Die chinesischen Regierungstruppen in der Provinz bestanden sich ihnen entgegen und erzielten bereits Erfolge. Um die Kommunisten schnell zu vertreiben, hat Marschall Tschiangkai-schi die sofortige Entsendung von sechs Divisionen aus Kwantung befohlen.

### Heute abend

19.45 Uhr spricht der Gauwaller der Deutschen Arbeitsfront Fritz Schulz im Rundfunk zu den Vertrauensratswahlen.

### Kammerpräsidentenwahl in Athen

Senjelisten siegen mit Hilfe der Kommunisten

Athen, 7. März. Am Freitag wurde die Wahl des Kammerpräsidenten vorgenommen. Von 296 Abstimmenden entschieden sich 142 für den Führer der Senjelisten Sophulis, 130 für den Anti-Senjelisten Bozizis und 13 für den Vertreter der Kommunisten. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, mußte die Wahl noch einmal vorgenommen werden. Bei der endgültigen Wahl erhielten der Führer der Senjelisten Sophulis 155 Stimmen und der Anti-Senjelist Bozizis 137 Stimmen. Dieses Ergebnis löste bei den anti-senjelistischen Abgeordneten lebhafteste Proteste aus. Sie zeigten sich äußerst erregt darüber, daß Sophulis seinen Erfolg den Stimmen der Kommunisten zu verdanken hat.

### Aufruf des englischen olympischen Ausschusses

London, 7. März. Der englische olympische Ausschuss veröffentlicht in Form einer Zuschrift an die „Times“ am heutigen Samstag einen vor jedem olympischen Spielen üblichen Aufruf an die Öffentlichkeit, durch finanzielle Unterstützung eine angemessene englische Beteiligung an den Spielen sicherzustellen. Es heißt darin u. a., die olympischen Spiele seien eine Einrichtung, die alle vier Jahre die besten Sportleute der Welt zusammenbringe. Noch bedeutsamer aber sei, daß die olympischen Spiele eine wichtige Rolle in der Herbeiführung einer besseren Verständigung zwischen den Nationen der Welt spiele. Zum erstenmal würden die Spiele in Deutschland abgehalten und die Deutschen seien sich aufs tiefste ihrer Verpflichtung bewußt, die sie eingegangen seien, indem sie die Veranstaltung der Spiele in ihrem Land unternahmen. Der britische olympische Ausschuss sei überzeugt, daß er bei der Entsendung einer Mannschaft nach Berlin im besten Interesse des Sportes handle. Die olympischen Spiele hätten stets das Ideal der Harmonie und der Verbrüderung zwischen den Nationen vertreten. Es wäre unheilvoll, wenn England, von dem die Welt eine Führung erwarte, gegenwärtig in dem sehr kritischen Zustand der Welt bei einer die Sportsleute beinahe sämtlicher Nationen umfassenden Veranstaltung nicht voll vertreten wäre.

### Lawinenunglück im Nosta-Tal

Mailand, 7. März. Die reichen Schneefälle und andauernden Regengüsse in Oberitalien haben vor allem im Nosta-Tal große Schäden verursacht. Im Nosta-Tal haben zehn Lawinen die Straßen verschüttet. Coque ist seit zwei Tagen durch eine tiefe Lawine völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Hochspannungsleitung, die den Strom für die Seilbahn und die Lichtanlagen in den Bergwerken von Colonna und Vecony liefert, ist durch Lawinen zerrissen. Beim Gliden der Stromleitung wurden vier junge Arbeiter von Schneemassen verschüttet. Zwei von ihnen konnten sich aus dem Schnee herausarbeiten. Die beiden anderen Verschütteten konnten nur als Leichen geborgen werden.

Im den Bergamaster-Alpen ging an verschiedenen Stellen gelber Regen nieder. Im Gebiet der Preiolana fiel Schnee von zinnoberröter Farbe. Auf den am Gardasee liegenden Bergen waren ebenfalls große Strecken von rotem Schnee zu sehen. In Limone am Gardasee hatte der Regen zeitweise rote Färbung. Auf der Simplonstrasse wurde der Verkehr durch Lawinen unterbrochen. Arbeiterkolonnen sind damit beschäftigt, die Schneemassen wegzuräumen.

### Neue blutige Zusammenstöße in Spanien

Wieder zahlreiche Tote und Verletzte

Madrid, 7. März. Die Zahl der politischen Anschläge wächst in Spanien von Tag zu Tag. In der Nacht zum Samstag wurde in Madrid ein Bäckermeister, der der spanischen faschistischen Partei angehört, beim Schließen seines Ladens von Margisten aus dem Hinterhalt erschossen. Das gleiche Schicksal ereilte einen anderen Faschisten, der sich gerade auf dem Balkon seiner Wohnung befand. In Pamplona entspann sich bei der Auflösung einer nationalsozialistischen Kundgebung durch die Polizei ein Feuergefecht, in dessen Verlauf 14 Personen, darunter vier lebensgefährlich verletzt wurden. In Santander gab es bei einer Schießerei zwischen den auf Grund des Rekrutierungsverlustes wieder eingestellten margistischen Arbeitern und den deswegen entlassenen Arbeitern einen Toten und zehn Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte.

### Kabinettskrise in Belgrad

Belgrad, 8. März. Die Regierung Stojadinowitsch ist zurückgetreten.

Die Unterdrückung des Revolteranschlages in der Hauptstadt läßt es als möglich erscheinen, daß der Anschlag die Folge einer Verschwörung war. Die Nachricht über die Verhaftung von acht Abgeordneten der Jeltitsch-Gruppe wird in diesem Zusammenhang bestätigt.

### Großfeuer in Nizza

Nizza, 8. März. Ein Großfeuer zerstörte in der Nacht zum Freitag den Vergnügungspark „Elorado“. Es ist der größte Brand, den die Stadt seit 15 Jahren erlebt hat. Hundert Angestellte sind arbeitslos geworden. Die große Bühne, der Zuschauerraum und noch ein zweiter, kleinerer Theateraal sind zerstört.

### Rundfunk

Dienstag, 10. März:

- 8.30 Aus Königsberg: Unterhaltungsmusik
- 10.15 Französisch für die Unterstufe
- 12.00 Aus Leipzig: Mittagskonzert
- 15.15 „Von Blumen und Tieren“
- 16.00 Musik am Nachmittag
- 17.45 Kleingärtner - Kleinfelder: „Schädlingsbekämpfung im Kleingarten“
- 18.00 Aus München: Musik zum Feierabend
- 19.45 „Bengt Berg spricht“
- 20.10 Aus Stuttgart: Kundgebung des schwäbischen Schrifttums
- 22.30 Aus Hamburg: Unterhaltungs- und Volksmusik
- 24.00 Aus Frankfurt: Nachtkonzert.

# Aus Stadt und Land

Altensteig, den 9. März 1936.

## Feldengebendefest in Altensteig

Stand der vorjährige Gedendtag für unsere Gefallenen unter dem Eindruck der Wiedergewinnung unserer Wehrfreiheit, die am 16. März 1935 von unserem Führer verkündet wurde, so brachte uns der Vortrag des diesjährigen Feldengebendetages wieder die volle Souveränität und Freiheit unseres deutschen Vaterlandes, was allüberall in deutschen Landen mit überaus großer Begeisterung und herzlichem Dank für unseren herrlichen Führer aufgenommen wurde.

Hier in Altensteig erschienen spontan die Fahnen und tauchte ganz Altensteig in ein Fahnenmeer. Der Musikzug des Jungvolks zog durch das Städtchen und vom Helle herunter donnerten die Böllerschüsse.

Am Sonntagmorgen sammelten sich dann die Partei mit ihren Gliederungen und Formationen, der Arbeitsdienst und Wehrdienst auf dem Marktplatz und marschierte zum Kriegerdenkmal.

Nach dem Aufmarsch vor dem Mahmal spielte die Kreisapelle das „Largo“ von Handel und der Wehrdienst sang die beiden Chöre „Leib“ wandeln wir wie Geisterhauch zu deinem stillen Grabe hin“ und „Wir liebten uns wie Brüder“.

Hierauf ergriff stellv. Ortsgruppenleiter Kalmbach das Wort und führte u. a. aus:

Deutsche Männer, deutsche Frauen, Kameraden vom großen Krieg und der neuen Zeit. Anders als in den letzten Jahren stehen wir an den Mahmalen unserer gefallenen Kameraden. Wir dürfen die Erfüllung dessen erleben, wofür unsere Kameraden gefallen sind. Sie opferten ihr Leben für die Freiheit Deutschlands, die wir jetzt wieder errungen haben. Mit innerer Befriedigung und Stolz können wir nun wallfahrten zu den Gedenk- und Mahmalen unserer Kameraden und mit Stolz können wir sagen, „Ihr seid nicht umsonst gefallen“. Ihr Andenken und ihr Opfer werden wir ehren.

Die Fahnen senken sich und nach dem Lied vom guten Kameraden sagte P. Kalmbach weiter: Es gab eine Zeit, in der man geglaubt, daß alle die Opfer umsonst gewesen seien und in der niemand mehr bereit war, Opfer zu bringen.

Heute dürfen wir der Vorsehung danken, daß der Schöpfer das deutsche Volk nicht untergehen ließ, sondern uns in der Zeit der schlimmsten Not den einfachen Soldaten Adolf Hitler rief um unser Volk wieder aufzurichten, und aufzubauen was verloren war und uns die Ehre und Freiheit wieder zu erringen.

Durch Opfer sei Deutschland groß geworden, durch Opfer soll Deutschland groß bleiben.

Unsere gefallenen Brüder sollen uns auch im Opfer Vorbild sein für ein ewiges Deutschland. Mit dem Deutschland- und Hock-Wesfel-Lied fand die erhebende Ehrung unserer gefallenen Kameraden ihren Abschluß.

Wurde bei dem Aufmarsch kein Spiel gerührt, ging es jetzt mit klingendem Spiel durch das untere Städtchen auf den Marktplatz, wo P. Kalmbach auf unseren Führer, der uns nun wieder frei gemacht und die volle Freiheit des Reiches hergestellt habe, ein dreifaches „Sieg-Heil“ ausbrachte, in das begeistert eingestimmt wurde.

Am Abend fand dann noch im Gemeindefaun ein Vortrag von Generalleutnant a. D. Riethammer statt über „Feldentum“, der von der Ev. Kirchengemeinde veranstaltet wurde.

**Magold, 7. März.** (Vom Rathaus.) Aus den öffentlichen Verhandlungen ist folgendes mitzuteilen: Die üblichen Beiträge zur Beschaffung der mechanischen Zweirad-Ganzstahlleiter und zum Umbau eines Kraftfahrzeugs- und Mannschaftswagens sind von der Zentralstelle zur Förderung des Feuerlöschwesens verworfen worden, so daß dem Abschluß der Kaufverträge nichts mehr im Wege steht. — Die Vorbereitungen für das Sommerlager des NS-Lehrerbundes sind soweit getroffen, daß wir im August dieses Jahres unsere Gäste würdig aufnehmen können. — **Kleinneidheim und Wohnungsmarkt:** Seit der Beratung vom 5. November v. J. hat sich ergeben, daß die Gemeinden für Zwecke des Wohnungsbaus auch nicht vorübergehend mehr Schulden aufnehmen dürfen und daß als Träger einer Kleinneidheim im allgemeinen nur noch eine Kreisbauernschaft (nicht aber eine Gemeinde) in Betracht kommen kann. Die Neubauten für die minderbemittelten Bevölkerungsteile sollen heuer nun völlig unabhängig von den städtischen Finanzen — aber von der Stadt als Treuhänderin und Bevollmächtigte der Bauwirtschaft in deren Namen und Rechnung erstellt werden. Durch Einbau in bestehende Gebäude werden mit Hilfe von verwilligten Reichsschulden fünf Wohnungen geschaffen, für eine gefällige Kleinsiedlung an der Emmingerstraße haben sich 21 Baukäufer gemeldet. Im allgemeinen folgt nun die Finanzierung so, daß der Baukäufer ein Viertel des Bauaufwandes durch eigene Mittel aufbringt und daß die Kreispartalle die restliche Hypothek in Höhe bis zu 60 Prozent des Verkehrswerts ge-

währt und die Landeskreditanstalt an zweiter Stelle ein Darlehen von 1000 RM eintragen läßt. Bei Kinderreichen und Kriegsbeschädigten bestehen Sonderbestimmungen. — **Wegbau:** Im Verfolg des Vierjahresplans über den Bau und die Instandsetzung von Wald- und Spazierwegen vom 17. April 35 sind vom Arbeitsdienst Plan und Kostenvoranschlag für den Ausbau des Wolfbergtraufweges ausgearbeitet worden. Die Kosten belaufen sich auf immerhin 2500 RM, und sind aus dem Waldwegbauüberstich zu decken. — **Schaffung einer Erfrischungsmöglichkeit im Freibad:** Das städtische Freibad am Fuße des Schloßbergs gelegen, erfreut sich von Einheimischen und Fremden eines steigenden Besuchs. Es macht sich aber bei dem Fabeln immer mehr das Bedürfnis nach alkoholfreien Getränken geltend. Dazu ist aber die Erteilung einer Schankwirtschaftsberechtigung nötig, die beim Herrn Wirtschaftminister nachgehakt wird. — **Gasversorgung Magold:** Betriebsrat. Rost in Felschhausen fragt in einem Schreiben an, ob die Stadt prinzipiell bereit sei, die Konzession für eine Magolder Gasversorgung zu erteilen. Die grundsätzliche Bereitschaft besteht wie früher, eine Gasversorgung an eine zu gründende Gesellschaft zu erteilen, wenn sie in jeder Hinsicht Gewähr für unbedingte Leistungsfähigkeit für solchen Bau und einwandfreien Betrieb des Wertes mit einem gleichmäßigen guten Gas — 4200 W.E. — bietet. Der Bürgermeister und die Beigeordneten und Ratsherren erwarten aber, daß nun recht bald endgültige Pläne und Berechnungen vorgelegt und die Mitglieder der G. m. b. H. genannt werden. — **Sonstiges:** Dem Reiterturnier Magold wird zu seinem diesjährigen Jubiläum im Juli d. J. der Hindenburgplatz überlassen unter der Bedingung, daß alle Schäden auf dem Plage gründlich wieder instandgesetzt werden.

**Birkenfeld, 9. März.** (Hohes Alter.) Gestern Sonntag vollendete unsere Älteste Mitbürgerin, Frau Pauline Delschläger, geb. Fren, in voller Rüstigkeit ihr 88. Lebensjahr.

**Ursch, 7. März.** (Beim Reifenmontieren sämtliche Zähne eingeschlagen.) Einen eigenartigen Unglücksfall hatte der Fernlastwagenbesitzer Eugen Höb von Ursch benützt. Er war im Begriffe, einen großen Luftreifen seines Wagens abzumontieren in der Annahme, die Luft sei schon alle heraus. Beim Loslösen des Halteringes zeigte es sich aber, daß in dem Reifen noch ein großer Luftdruck war: der Ring wurde mit großer Wucht dem Höb an den Kopf geschleudert, daß ihm sämtliche vorderen Zähne eingeschlagen wurden. Den Autofahrern dient dieser Vorfall zu erhöhter Vorsicht.

**Jgersheim, Oß. Mergentheim, 7. März.** (Schwerer Unfall.) Die 72 Jahre alte Witwe Theresia Fuchs von Schönühl, die im Begriffe war, ihre verheiratete Tochter zu besuchen, wollte noch aussteigen, als der Zug bereits im Anfahren war. Hierbei kam sie zu Fall, wurde von dem Trittbrett des Wagens erfasst, wodurch beide Hüfte unter die Räder gerieten und oberhalb des Knöchels abgefahren wurden. Der schnell herbeigerufene Arzt veranlaßte die Ueberführung der Verunglückten ins Krankenhaus Bad Mergentheim. Bei dem hohen Alter der Frau und dem starken Blutverlust besteht Lebensgefahr.

**Tübingen, 7. März.** (Zu bllä u m.) Oberst a. D. Freiherr von Schönau-Wehr konnte sein 40. Militärdienstjubiläum feiern. Von der Kabinettskanzlei in Lichterfelde ist er 1896 in das damalige badische Inf.-Regt. Nr. 113 in Freiburg als Fähnrich eingetreten, wo er 1897 zum Offizier befördert wurde. 1900—1902 machte er den Chinafeldzug mit, 1914 zog er als Kompagniechef ins Feld. Nach dem Kriege war er im Reichsheer zuletzt Bataillonskommandeur in Donaueschingen, 1927 schied er aus dem aktiven Heer aus. Seit 1935 leitet Frhr. von Schönau-Wehr als Oberst an der Spitze des Wehrbezirkskommandos Tübingen.

**Glengen a. Br., 7. März.** (Fischer Einbruch.) Nachts wurde bei Uhrmachermeister Häußler hier ein raffinierter Einbruch verübt. Die Diebe, bei denen es sich um gewerbsmäßige Eindrehler handeln dürfte, lohrten den Fensterrahmen des linken Schaufens an und drückten von der Scheibe etwa in halber Höhe ein Dreieckstück ein, so daß sie bequem fast sämtliche ausgelegten wertvollen Gold- und Silberwaren sich aneignen konnten. Das Diebesgut hat einen Wert von etwa 2000 RM.

## Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart

Ausstellungen der Reichskammer der bildenden Künste

**Stuttgart, 7. März.** Im Rahmen der großen kulturellen Kundgebung, die unter dem Leitwort „Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart“ veranstaltet wird, ist auch in reichem Maße die bildende Kunst, die Graphik und das Kunsthandwerk vertreten. Alle Volksgenossen werden Gelegenheit haben, in drei sorgfältig zusammengestellten Ausstellungen einen Einblick in das bildnerische Schaffen schwäbischer Künstler zu tun. Während im Kuppelbau des Kunstgebäudes die schwäbische Plastik in repräsentativen Werken vertreten ist, haben in den übrigen Räumen des Kunstgebäudes die schwäbischen Maler ausgestellt. Auch die künstlerische Graphik und die Entwürfe der Architekten und Gartenkünstler sind hier vertreten. Im Staatlichen Ausstellungsgebäude in der Kanzleistraße hat das württ. Kunsthandwerk hervor-

# Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Organisation

Ortsgruppe Altensteig

Dienstagabend 8 Uhr treten sämtliche Pol. Leiter, Walter und Parte im Parteibeam an.

Stellv. Ortsgruppenleiter.

Kreisleiter Freiburg

Die Sitzung des Kreisstabes und der Hochzeitsträger heute 9. März 1936 findet nicht, wie angegeben, im großen Sitzungssaal des Rathauses, sondern im Kurfaal, statt. Es wird nochmals auf pünktliches Erscheinen sämtlicher Angehörigen des Kreisstabes sowie der Hochzeitsträger hingewiesen. Anzug: Uniform.

ragende Stücke ausgestellt und im König-Karl-Saal des Landesgewerdemuseums zeigen die schwäbischen Gebrauchsgrafiker ihre Arbeiten.

Alle drei Schauen, die am Samstag nachmittag mit einer Feier eröffnet wurden, sind der Öffentlichkeit zugänglich.

## Aus Baden

**Lahr, 7. März.** (Sittlichkeitsverbrecher verhaftet.) Die Gerbarmerie Friesenheim verhaftete den verheirateten 56 Jahre alten Schuldner der Gemeinde Heiligenzell, Stefan Wagner, der aus zugleich Hauswart des dortigen St. Josephshauses ist, weil er wiederholt unzüchtige Handlungen an schulpflichtigen Kindern verübte. Der des Vergehens gegen § 176, Abs. 3, beschuldigte Wüstling hat sein Treiben seit längerer Zeit ausgesetzt und wurde vorgestern auf frischer Tat erwischt.

**Wenau, 7. März.** (Frauenarbeitsdienst-Lager.) Ein Frauenarbeitsdienst-Lager für 45 Mädel wird hier im früheren Städt. Waisenhaus eingerichtet. Ein großer Hausgarten und 50 Ar Feld dienen mit zur Schöpfung für Landwirtschaftsbetriebe.

**Vohrloch b. Mosbach, 7. März.** (Brand.) Die Einwohnerlichkeit wurde nachts durch Feueralarm aus dem Schlafe geschreckt. Es brannte in dem Anwesen von Karl Schöberl II. Wohnhaus und drei Scheunen wurden völlig eingeeidert. Die Brandursache ist unbekannt.

**Schopfheim, 7. März.** (Wald wird Ackerland.) Im Gewann „Junterhorn“ oberhalb des Fahrmauer Schießstandes sind zur Zeit 12 Fahrmauer Arbeitslose und acht Kürbner Landwirte damit beschäftigt, in dem dortigen Hochwald eine Brezhe zu schlagen. Es sollen nicht weniger als 30 000 Fichten im Laufe des Frühjahrs gefällt werden, die ein Gebiet von rund sieben Hektar umfassen. Der Wald, der rund 30 Jahre alte Bäume trägt, soll der Kolonisation geopfert werden und zwar will man den Boden, der sich für die Landwirtschaft vorzüglich eignet, Landwirten aus Kürbnerberg zur Vergrößerung ihres unzureichenden Besitzes überlassen.

## Letzte Nachrichten

Kommunisten in Cadix reißen die Faltenkreuzfahne vom deutschen Konsulat herab

**Madrid, 9. März.** In Cadix haben am Sonntagmorgen Kommunisten die Faltenkreuzfahne vom dortigen deutschen Konsulatsgebäude heruntergerissen und zerlegt.

Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden des Zwischenfalles erhob der Gesandtschaftsrat der deutschen Botschaft in Madrid Einspruch beim spanischen Staatsministerium gegen den Ueberfall, forderte Genugtuung und eruchte um stärkeren Schutz der amtlichen deutschen Vertretungen in Spanien. Der deutsche Konsul in Cadix hat bei dem Gouverneur ebenfalls Protest erhoben.

Auch in Madrid, wo kleine Umzüge von zum Teil uniformierten Kommunisten erfolgten, die die Internationale sangen und am laufenden Band Hoch- und Niederrufe ausbrachten, kam es vor der deutschen Botschaft zu Anjammungen kommunistischer Demonstranten.

Gestorben

Baierbrunn: Anna Weidenbach geb. Kolb, 30 J. a. Kniebis: Sophie Schmeizle Wwe. geb. Klaiske, 77 J. a. Falzgrafenweiler: Friederike Reinhardt geb. Kirchnermann, 80 J. a. Schöndronn: Kathrine Schill geb. Dingler. Oberkollbach: Eva Maria Keppler geb. Keppler. Birkenfeld: Christine Schmann geb. Weisinger, 74 J. a.

Druck und Verlag: W. Rietter'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptgeschäftl.: Ludwig Lauf. Anzeigenl.: Gustav Wöhrlich, alle in Altensteig. D. A.: II. 36: 2150. Jil. Preis: 3 gältig.



**Gesangbücher**  
für Konfirmanden in großer, gediegener Auswahl sowie hübsche Gesangbuchtäschchen empfiehlt die  
**Buchhandlung Lauk, Altensteig**

Nicht Bleichsoda verlangen, sondern:  
**Henko Bleich-Soda**  
das ist die richtige!  
**Inserate**  
erbitten wir uns frühzeitig!

50—60 Str. schönes, helles  
**Haberstroh**  
hat zu verkaufen  
Hans Pfeifle, Hochdorf  
Guterhaltene, handliche  
**Bachmulde**  
verkauft embehrungshalber  
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.  
**Patentbriefe**  
empfiehlt die  
Buchhandlung Lauk

Früh eingetroffen:  
**Kräuterkäse:**  
in 180 Gramm Laible 25 ₤  
Spundenform 15 ₤  
Streudosen 35 ₤  
Allg. Tafelbutter  
1 Pfd. RM. 1.60  
Stangenkäse 1/4, 1/2, 3/4 reif  
Stangenkäse in Stantol  
20% u. 40% — 75 bis 1.—  
Stangenkäse o. Rinde  
Rahmkäse 20%, 45%  
1 Laible 25, 40 u. 50 ₤  
Weichkäse 1/4 50 ₤  
Emmentaler 1/4 80 ₤  
Camembert 1/4 M. 1.23  
Obamer bayr.  
Emmentaler bayr. Ia  
empfiehlt  
**Chr. Burghard Jr.**

**Wenn**  
man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige in der  
**Schwarzwälder Tageszeitung**  
„Aus den Tannen“  
Die größte Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert einen guten Erfolg!



len Folgen die meisten europäischen Staatsmänner leider keine richtige Vorstellung besitzen. Dieser Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, den ich nun drei Jahre lang führte, ist nicht die Aufrihtung einer europäischen Frage, sondern ihre Lösung.

Es ist ein wahrhaft tragisches Unglück, daß gerade durch den Versailler Friedensvertrag ein Zustand geschaffen wurde, an dessen Beibehaltung das französische Volk glaubte, besonders interessiert zu sein. So wenig reale Vorteile dieser Zustand für den einzelnen Franzosen in sich bergen konnte, so groß war die unziale Verflammerung, die zwischen der Versailler Diskriminierung des deutschen Volkes und den französischen Interessen zu bestehen schien. Vielleicht war es auch die Schuld der charakteristischen Schwäche der deutschen Nachkriegsjahre und unserer Regierungen, insbesondere aber unserer Parteien, daß dem französischen Volk und den erakten französischen Staatsmännern die Unmöglichkeit dieser Auffassung nicht genügend zum Bewußtsein gebracht werden konnte. Denn je schlechter die einzelnen Regierungen der vor uns liegenden Zeit waren, um so mehr hatten sie das nationale Erwachen des deutschen Volkes selbst zu scheuen. Um so größer war daher auch die Angst vor jeder nationalen Selbstbezeichnung und damit um so einverstandener ihre Haltung gegenüber der allgemeinen internationalen Diffamierung des deutschen Volkes.

Ja sie benötigten geradezu diese schändliche Fesselung, um ihr trauriges eigenes Regime auf diese Weise zu stützen. Wohin dieses Regime Deutschland geführt hat, zeigte eindringlich der drohende Zusammenbruch.

Nun war es natürlich schwer, die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung gegenüber einer so eingemurzelten Gewöhnung unserer Nachbarn an die Ungleichberechtigung, als für diese nicht nur nicht schädlich, sondern im Gegenteil im letzten Grunde sogar als international nützlich nachzuweisen. Sie, meine Abgeordneten, Männer des Reichstags, kennen den schwereren Weg, den ich gehen mußte seit jenem 30. Januar 1933, um das deutsche Volk aus seiner unwürdigen Stellung zu erlösen, um ihm Schritt für Schritt die Gleichberechtigung zu sichern, ohne es dabei aus der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft der europäischen Nationen zu entfernen und besonders ohne aus der Abwidlung der Folgen einer alten Feindschaft wieder eine neue zu erzeugen! Ich werde einmal von der Geschichte die Befähigung beanspruchen können, daß ich in seiner Stunde meines Handelns für das deutsche Volk die Pflichten vergessen habe, die ich und die wir alle der Aufrechterhaltung der europäischen Kultur und Zivilisation gegenüber zu tragen schuldig sind. Es ist aber eine Voraussetzung für den Bestand dieses am Ende gerade in der Vielgestaltigkeit seiner Kulturen so eigenartigen Kontinentes, daß er nicht denkbar ist ohne das Vorhandensein freier und unabhängiger Nationalstaaten. Es mag jedes europäische Volk überzeugt sein, daß es den größten Beitrag zu unserer abendländischen Kultur geleistet hat. Im ganzen aber wollen wir uns nichts weg wünschen von dem, was die einzelnen Völker gegeben haben, und wollen daher auch nicht streiten über das Gewicht dieser ihrer einzelnen Beiträge, sondern müssen nur erkennen, daß aus der Rivalität der europäischen Einzelleistungen ohne Zweifel die Spitzenleistungen stammen auf den verschiedensten Gebieten der menschlichen Kultur.

So sehr wir daher bereit sind, in dieser europäischen Kulturwelt mitzuwirken als freies und gleichberechtigtes Glied, so hartnäckig und eigenfönnig möchten wir aber das bleiben, was wir sind.

Ich habe in diesen drei Jahren — leider nur zu oft vergeblich — immer wieder versucht,

eine Brücke zur Verständigung zum französischen Volk zu schlagen.

Je mehr wir uns aus der Bitternis des Weltkrieges und seiner Nachjahre entfernen, umso mehr versinkt in den menschlichen Erinnerungen das Böse und das Schöner des Lebens, der Erkenntnisse und Erfahrungen tritt in den Vordergrund. Was sich einst als erbitterter Gegner gegenüberstand, würdigt sich heute als tapferer Kämpfer eines vergangenen großen Ringens und steht sich wieder als Träger und Fortwahrer einer großen allgemeinen menschlichen Kultur.

Warum soll es dann nicht möglich sein, den zwecklosen jahrhundertelangen Streit, der keinem der beiden Völker einen endgültigen Entschluß gebracht hat, bringen konnte und bringen wird, abzubrechen und durch die Rückföhtnahme einer höheren Vernunft zu erlösen?

Das deutsche Volk ist nicht interessiert daran, daß das französische leidet und umgekehrt. Wo läge der Vorteil für Frankreich darin, wenn Deutschland in Not verkommt? Welchen Nutzen hat der französische Bauer, wenn es dem deutschen schlecht geht oder umgekehrt? Oder wofür ein Vorteil bietet sich für den französischen Arbeiter etwa aus der Not des deutschen. Welchen Segen könnte es aber auch für Deutschland bringen, für den deutschen Arbeiter, den deutschen Mittelstand und das deutsche Volk überhaupt, wenn Frankreich von Unglück heimgesucht würde?

Ich habe versucht, die Fragen einer höherföhlten Klassenkampftheorie im inneren Deutschland im Sinne einer höheren Vernunft zu lösen und es ist mir dies gelungen. Warum soll es nicht möglich sein, das Problem der allgemeinen europäischen Volks- und Staatengegenföht aus der Sphäre des Unvernünftigen herauszuheben und unter das ruhige Licht einer höheren Einsicht zu stellen?

Ich habe mir jedenfalls einst geschworen, ebenso jäh und tapfer für die deutsche Gleichberechtigung zu kämpfen und diese so oder so durchzusetzen, wie umgekehrt aber auch das Verantwortungsgeföht zu stärken für die Notwendigkeit einer europäischen gegenseitigen Rückföhtnahme und Zusammenarbeit.

Wenn mir aber heute von seiten meiner internationalen Gegner aus vorgehalten wird, daß ich doch diese Zusammenarbeit mit Rußland ablehne, so muß ich demgegenüber folgendes erklären: Ich lehne und lehnte sie nicht ab mit Rußland, sondern mit dem auf die Herrschaft der Welt Anspruch erhebenden Bolschewismus. (Stürmischer zustimmender Beifall.)

Ich bin Deutscher. Ich liebe mein Volk und hänge an ihm. Ich weiß, daß es nur dann glücklich sein kann, wenn ihm das Leben nach seinem Wesen und seiner Wesen möglich ist. Ich will

nimm, daß aber das deutsche Volk, das nicht nur weinen, sondern auch durch sein ganzes Leben hindurch immer herzlich lächeln konnte, das Grauen der kommunistischen internationalen Diktatur gekostet wird. Ich zittere für Europa bei dem Gedanken, was aus unserem alten menschenüberfüllten Kontinent werden soll, wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltumfassung das Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde. Ich bin vielleicht für viele europäische Staatsmänner ein phantastischer, jedenfalls aber unbedeutsamer Warner. Doch ich aber in den Augen der bolschewistischen internationalen Weltunterdrücker als einer der größten Feinde gelte, ist für mich nur eine große Ehre und eine Rechtfertigung meines Handelns vor der Nachwelt. Ich kann nicht verhindern, daß andere Staaten ihren Weg gehen, den sie nun einmal glauben gehen zu müssen oder wenigstens gehen zu können, aber ich werde es verhindern, daß auch Deutschland diesen Weg in das Verderben antritt. Und ich glaube, daß dieses Verderben in dem Augenblick seinen Einzug halten würde, in dem die Staatsführung sich selbst zum Verbündeten einer solchen destruktiven Lehre ergeben wolle. Ich sehe keine Möglichkeit, dem deutschen Arbeiter die mich so tief bewegende Gefahr des Unglücks eine bolschewistische Chaos in Deutschland klarzumachen, wenn ich selbst als Führer der Nation mich in enge Beziehungen zu dieser Gefahr bringen wolle. Ich will auch hier als Staatsmann und Führer des Volkes alles das tun, was ich vom einzelnen Volksgenossen erwarte und verlange.

Ich glaube nicht, daß die engere Beröhrung mit einer Weltanschauung, die für ein Volk verderblich ist, für Staatsmänner nützlich sein kann. Wir haben in der deutschen Geschichte der letzten 20 Jahre ja Gelegenheit gehabt, Erfahrungen auf diesem Gebiete zu sammeln. Die erste Föhtung mit dem Bolschewismus im Jahre 1917 brachte ein Jahr später uns selbst die Revolution. Die zweite Beröhrung mit ihm genögte, um in wenigen Jahren Deutschland knapp an den Rand des kommunistischen Zusammenbröches zu bringen. Ich habe diese Beziehungen gelöst und damit Deutschland vor diesem Verderben zurückerissen. Nichts wird mich bewegen können, einen anderen Weg zu gehen als den, den mir Erfahrung, Einsicht und Voraussicht vorschreiben. Und ich weiß, daß diese Ueberzeugung höchstes Gedanken- und Ideengut der ganzen nationalsozialistischen Bewegung geworden ist. Mit jöher Beharrlichkeit werden wir die sozialen Probleme und Spannungen in unserem Volke auf dem Wege einer fortgesetzten Evolution lösen und damit uns des Segens einer ruhigen Entwicklung versichern, die allen unseren Volksgenossen zugute kommt. Und was dabei an immer neuen Aufgaben an uns herantritt, erfüllt uns mit der Freude desjenigen, der ohne Arbeit und damit ohne Aufgaben nicht zu leben vermag.

Wenn ich diese grundsätzliche Einstellung auf die europäische allgemeine Politik übertrage, dann ergibt sich daraus für mich die Unterscheidung Europas in zwei Hälften: In jene Hälfte, die sich aus selbständigen und unabhängigen Nationalstaaten aufbaut, aus Völkern, mit denen wir tauschföhtig durch Geschichte und Kultur verbunden sind und mit denen wir in alle Zukunft genau so wie mit den freien und selbständigen Nationen der außereuropäischen Kontinente verbunden bleiben wollen. Und in eine andere Hälfte: die von jener undudiamen und den allgemeinen internationalen Herrschaftsanspruch erhebenden bolschewistischen Lehre regiert wird, die selbst den ewigen und unschätzbaren Dies- und Jenseitswerten die Vernichtung predigt, am eine in Kultur und Inhalt andere Welt aufzubauen. Mit ihr wollen wir außer den gegebenen politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen in keine sonstige innigere Beröhrung kommen.

Es liegt nun eine unendliche Tragik darin, daß als Abschluß unserer langjöhigen, aufröhtigen Bemühungen um das Vertrauen, die Sympathien und die Zuneigung des französischen Volkes ein Militärbündnis abgeschlossen wurde, dessen Anfang wir heute kennen, dessen Ende aber, wenn die Beröhtung nicht wieder einmal gnädiger ist, als es die Menschen verdienen, vielleicht von unabsehbar Folgen sein wird.

Ich habe mich in den letzten drei Jahren bemüht, langsam aber stetig die Voraussetzungen für eine

deutsch-französische Verständigung

zu schaffen. Ich habe dabei nie einen Zweifel darüber gelassen, daß zu den Voraussetzungen dieser Verständigung die absolute Gleichberechtigung und damit die gleiche Rechtswertung des deutschen Volkes und Staates gehört. Ich habe aber bemußt in dieser Verständigung nicht nur ein Problem gesehen, das auf den Wegen von Pakt gelöst wird, sondern ein Problem, das zunächst den beiden Völkern psychologisch nahegebracht werden muß, da es nicht nur verstandes-, sondern auch geföhlsmäßig vorbereitet werden soll. Ich habe daher auch oft den Vorwurf bekommen, daß meine Freundschaftsangebote keine konkreten Vorschläge enthalten hätten.

Dies ist nicht richtig.

Was konkret zur Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen überhaupt vorgeschlagen werden konnte, habe ich auch mutig konkret vorgeschlagen. Ich habe einst nicht gezögert, mich dem konkreten Vorschlag einer Rüfungsbegrenzung von 200 000 Mann anzuschließen. Ich habe mich, als dieser Vorschlag dann von den verantwortlichen Verfassern selbst preisgegeben wurde, mit einem ganz konkreten neuen Vorschlag an das französische Volk und an die europäischen Regierungen gewendet. Auch der 300 000 Mann-Vorschlag erfuhr Ablehnung. Ich habe eine ganze Reihe weiterer konkreter Vorschläge zur Entgiftung der öffentlichen Meinung in den einzelnen Staaten und zur Reinigung der Kriegsföhrung und damit letzten Endes zu einer wenn auch langsamen, so aber sicheren Abwicklung gebracht. Es ist ein einziger dieser deutschen Vorschläge wirklich beröhtigt worden. Der realistische Sinn einer englischen Regierung hat meinen Vorschlag der Herstellung einer dauernden Relation zwischen der deutschen und englischen Flotte, die ebenso den Bedürfnissen der deutschen Sicherheit entspricht wie umgekehrt Bedacht nimmt auf die enormen überseeischen Interessen eines großen Weltreiches, angenommen. Und ich darf wohl darauf hinweisen, daß die heute noch dieses Abkommen der praktisch einzig existierende wirkliche verständnisvolle und daher gelungene Versuch einer Rüstungsbegrenzung geblieben ist. Die Reichsregierung ist bereit, diesen Vertrag durch eine weitere quantitative Abmachung mit England zu erneuern.

Ich habe den sehr konkreten Grundgedanken ausgesprochen, daß die Sammelprogramme einer internationalen Paktomanie ebenso wenig Aussicht auf Verwirklichung besitzen wie die Generalvorschlöge einer unter solchen Umständen von vornherein schon als undurchföhrbar erwiesenen Weltabröftung. Ich habe demgegenüber betont, daß nur schrittweise an diese Fragen herangetreten werden kann, und zwar nach der Richtung des vermutlich geringsten Widerstandes ein. Ich habe aus dieser Ueberzeugung heraus den konkreten Vorschlag auch für einen Pakt entwickelt, unter der Zugrundelegung gleicher Stützen für Frankreich, England und Deutschland. Das Ergebnis war zunächst eine Richtungsangabe dieses Vorschlags und dann die Heranföhrung eines neuen in seinem militärischen Ausmaß unberechenbaren osteuropäisch-asiatischen Faktors in das europäische Gleichgewichtsfeld.

Ich habe mich jahrelang also mit konkreten Vorschlägen abgeben, allein ich stehe nicht an zu erklären, daß mir mindestens ebenso wichtig als die sogenannten konkreten Vorschläge die psychologische Vorbereitung für die Verständigung erschienen ist, und ich habe auf dem Gebiete mehr getan, als ein aufröhtiger fremder Staatsmann jemals überhaupt auch nur erhoffen durfte. Ich habe die Frage der ewigen europäischen Grenzrevisionen aus der Atmosphäre der öffentlichen Diskussion in Deutschland genommen. Man kehrt leider nur zu oft auf dem Standpunkt, und dies gilt besonders für ausländische Staatsmänner, daß dieser Einstellung und ihren Handlungen keine besondere Bedeutung zukommt. Ich darf darauf hinweisen, daß es mir genau so möglich gewesen wäre, als Deutscher die Wiederherstellung der Grenzen vom Jahre 1914 moralisch als mein Programm aufzustellen und publizistisch und oratorisch zu vertreten, so wie das etwa französische Minister und Volksführer nach dem Jahre 1871 getan haben. Meine Herren Kritiker sollen mir auch auf diesem Gebiet nicht jede Föhtigkeit abpredigen. Es ist viel schwerer für einen Nationalisten, einem Volk zur Verständigung zuzureden, als das umgekehrte zu tun und es würde für mich wahrscheinlich leichter gewesen sein, die Initiative nach einer Nevanche aufzuspeischen, als das Geföht für die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung zu erwecken und dauernd zu vertiefen. Und das habe ich getan. Ich habe die deutsche öffentliche Meinung von Angriffen solcher Art gegen unsere Nachbarn abwehrlos befreit. Ich habe aus der deutschen Presse jeden Haß gegen das französische Volk entfernt. Ich bemühe mich in unserer Jugend das Verständnis für das Ideal einer solchen Verständigung zu wecken und zwar sicher nicht erfolglos. Als vor wenigen Wochen die französischen Gäste in das olympische Stadion in Garmisch-Partenkirchen einzogen, da hatten sie vielleicht Gelegenheit, festzustellen, ob und inwieweit mir eine solche innere Umstellung des deutschen Volkes gelungen ist.

Diese innere Bereitwilligkeit aber, eine solche Verständigung zu suchen und zu finden, ist wichtiger als ausgelagelte Verjude von Staatsmännern, die Welt in ein Recht juristisch und sachlich undurchföhtiger Pakte zu verwickeln.

Dieses Bestreben von mir war aber doppelt schwer, weil ich in derselben Zeit Deutschland aus der Bekröftung eines Vertrages lösen mußte, der ihm seine Gleichberechtigung raubte, an dessen Aufrechterhaltung aber — ob mit Recht oder Unrecht ist nebenjählich — das französische Volk geglaubt hat, interessiert sein zu müssen.

Ich habe gerade dabei als deutscher Nationalist für das deutsche Volk noch ein weiteres, besonders schweres Opfer auf mich nehmen müssen.

Es ist bisher wenigstens in der neuen Zeit noch nie versucht worden, nach einem Krieg dem Verlierer souveräne Herrschaftsrechte über große und alte Teile seines Reiches einfach abzuspreden. Ich habe nur im Interesse dieser Verständigung dieses schwerste Opfer, das man uns politisch und moralisch aufbürden konnte, getragen und wollte es weiter tragen, nur weil ich glaubte, einen Vertrag aufrechterhalten zu sollen, der vielleicht mithelfen konnte, die politische Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland und England und Deutschland zu entsüften und das Geföht einer Sicherheit auf allen Seiten zu verbreiten.

Der Rheinpakt

Je, darüber hinaus habe ich oft und auch hier in diesem Hause die Auffassung vertreten, daß wir nicht nur bereit sind, diesen schwersten Beitrag für die europäische Friedenssicherung zu tragen, solange auch die anderen Partner ihre Verpflichtungen erfüllen, sondern daß wir in diesem Vertrage überhaupt den einzig möglichen, weil konkreten Versuch einer europäischen Sicherung erblicken sollen.

Ihnen, meine Abgeordneten, ist der Inhalt und Sinn dieses Vertrages bekannt. Er sollte zwischen Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits für alle Zukunft die Anwendung von Gewalt verhindern. Durch die schon vorher abgeschlossenen Bündnisverträge Frankreichs ergab sich leider die erste, wenn auch den Sinn dieses Paktes, des Rheinpaktes von Locarno, noch nicht aufhebende Belastung. Deutschland leistete zu diesem Pakt den schwersten Beitrag, denn während Frankreich seine Grenze in Erz, Beton und Waffen armierte und mit zahlreichen Garnisonen versah, wurde uns die fortbauernde Aufrechterhaltung einer vollkommenen Wehrlosigkeit im Westen aufgebürdet. Dennoch haben wir auch dieses erfüllt in der Hoffnung, durch einen solchen für eine Großmacht so schweren Beitrag dem europäischen Frieden zu dienen und der Verständigung der Völker zu nützen.

Es steht mit diesem Pakt nun in Widerspruch die Abmachung, die Frankreich im vergangenen Jahr mit Rußland eingegangen und bereits unterzeichnet hat, und deren Befestigung durch die Kammer soeben erfolgt ist. Denn durch diese neue französisch-russische Abmachung wird über dem Umweg der Tschechoslowakei, die ein gleiches Abkommen mit Rußland getroffen hat, die bedrohliche militärische Macht eines Riesenreiches nach Mitteleuropa herangeföht. Es ist dabei das Unmögliche, daß diese beiden Staaten in ihrer Abmachung sich verpflichten, ohne Rücksicht auf eine entweder bereits vorliegende oder zu erwartende Entscheidung des Völkerrates im Falle einer europäischen

östlichen Verwicklung die Schuldfrage nach eigenem Ermessen klären und dementsprechend die gegenseitige Weisung als gegeben zu betrachten oder nicht.

Die Behauptung, daß in diesem Pakt durch eine einseitige Einschränkung die erste Verpflichtung wieder aufgehoben würde, ist unverständlich. Denn ich kann nicht in einem Punkt ein bestimmtes Verfahren als ausdrücklichen Bruch mit einer sonst geltenden Verpflichtung festlegen und damit als bindend annehmen, um in einem weiteren Punkt festzustellen, daß gegen diese anderen Verpflichtungen nicht gebandelt werden soll.

In diesem Falle würde die erste Bindung unverändert und damit ebenso unverständlich sein. Dieses Problem ist aber zunächst ein politisches Problem und als solches in seiner schwerwiegenden Bedeutung zu werten. Frankreich hat diesen Vertrag nicht abgeschlossen mit einer beliebigen europäischen Macht. Frankreich hatte schon vor dem Rheinpakt Weislandsverträge sowohl mit der Tschchoslowakei als auch mit Polen. Deutschland nahm daran keinen Anstoß, nicht nur weil diese Pakte zum Unterschied des französisch-sowjetrussischen Paktes sich den Völkerbundsbestimmungen unterwerfen, sondern weil sowohl die damalige Tschchoslowakei wie besonders Polen primär stets die Politik der Vertretung ihrer eigenen nationalen Interessen führen werden. Deutschland hat nicht den Wunsch, diese Staaten anzugreifen und glaubt auch nicht, daß es im Interesse dieser Staaten liegen wird, einen Angriff gegen Deutschland vorzunehmen. Vor allem aber: Polen wird Polen bleiben und Frankreich Frankreich. Sowjetrußland aber ist der kanonisch organisierte, Exponent einer revolutionären Weltanschauung. Seine Staatsauffassung ist das Glaubensbekenntnis zur Weltrevolution. Es ist nicht verkäuflich, ob nicht morgen oder übermorgen auch in Frankreich diese Weltanschauung erfolgreich sein wird. Sollte aber dieser Fall eintreten — und als deutscher Staatsmann muß ich auch pflichtgemäß damit rechnen —, dann ist es sicher, daß dieser neue bolschewistische Staat eine Sektion der bolschewistischen Internationale sein würde, d. h. die Entscheidung über Angriff oder Nichtangriff wird dann nicht von zwei verschiedenen Staaten nach deren objektivem eigenem Ermessen getroffen, sondern von einer Stelle aus direktiv erteilt. Diese Stelle aber würde im Falle dieser Entwicklung nicht mehr Paris, sondern Moskau sein.

So wenig Deutschland in der Lage ist, schon aus rein territorialen Gründen Rußland anzugreifen, so sehr wäre Rußland jederzeit in der Lage, über den Umweg seiner vorgeschobenen Positionen einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen. Die Feststellung des Angreifers wäre dann, weil unabhängig von der Bestimmung des Völkerbundesrates, wohl von vornherein gewiß. Die Behauptung oder der Einwand, daß Frankreich und Rußland nichts tun würden, was sie eventuellen Sanktionen aussetzen könnte — und zwar von Seiten Englands oder Italiens — ist belanglos, weil es nicht zu erweisen ist, welcher Art wirkliche Sanktionen gegen eine so überwältigend weltanschaulich und militärisch einig konstruierte Nation sein könnten. Wir haben jahrelang vor dieser Entwicklung bejorgt gewarnt, nicht weil wir sie mehr zu fürchten haben als andere, sondern weil sie eines Tages von sichtbaren Folgen für ganz Europa begleitet sein kann. Man hat diese unsere ernstesten Bedenken abgesehen mit dem Hinweis auf die Unfähigkeit des russischen Kriegsinstrumentes, ja auf seine Schwerefülligkeit und Unverwendbarkeit in einem europäischen Kampfe. Wir haben diese Auffassung immer bekämpft, nicht weil wir irgendwie der Ueberzeugung sind, daß der Deutsche an sich unterlegen wäre, sondern weil wir alle wissen, daß auch der Zahl ihr Gewicht zukommt. Wir sind aber um so mehr dankbar über die Aufklärung, die gerade in der französischen Kammer von Herrn Herriot über die aggressive militärische Bedeutung Rußlands gegeben worden ist. Wir wissen, daß diese Darlegungen Herrn Herriot von der Sowjetregierung selbst gegeben wurden und sind überzeugt, daß diese nicht den geistigen Inspirator des neuen Bündnisses mit falschen Aufklärungen bedient haben kann, ebenso wie wir nicht zweifeln an der wahren Wiedergabe dieser Informationen durch Herrn Herriot. Mit diesen Informationen aber steht erst fest, daß die russische Armee 1 eine Friedensstärke von 1.350.000 Mann besitzt, daß sie 2 13,5 Millionen Mann Kriegsstärke und Reserven umfaßt, 3 mit der größten Panzerwaffe ausgestattet ist und 4 über die größte Luftwaffe der Welt verfügt. Die Heranziehung dieses gewaltigsten militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsetzbar geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht. Dies verhindert außerdem jede mögliche Abschätzung der erforderlichen Verteidigungsmittel zu Land und in der Luft nicht davon betroffen europäischer Staaten und insbesondere für das allein als Gegner in Aussicht genommene Deutschland.

Diese Riesenmobilisierung des Ostens gegen Mitteleuropa steht aber nicht nur dushalbenmäßig, sondern vor allem auch dem Sinn nach im Gegensatz zu dem Geist des Locarno-Paktes. Nicht wir als Betroffene allein haben diese Empfindung, sondern sie lebt in unzähligen einsatzvollen Männern in allen Völkern und ist auch — publizistisch und politisch belegt — überall öffentlich vertreten worden.

Am 21. Februar wandte sich an mich ein französischer Journalist mit der Bitte, ihm ein Interview zu gewähren. Da mir mitgeteilt wurde, daß es sich um einen jener Franzosen handelte, die sich genau wie wir bemühen, Wege zur Verständigung zwischen den beiden Völkern zu finden, wollte ich um so weniger eine Ablehnung aussprechen, als diese auch sofort als Zeichen einer Mißachtung der französischen Journalistik gemeldet worden wäre. Ich habe die gewünschten Aufklärungen gegeben, so wie ich sie in Deutschland selbst hundert- und tausendmal ausgesprochen habe. Ich habe noch einmal versucht, mich an das französische Volk zu wenden mit der Bitte um eine Verständigung, an der wir mit ganzem Herzen hängen und die wir so gerne vermittelt sehen möchten. Ich habe aber weiter mein tiefes Bedauern ausgesprochen über die drohende Entwicklung in Frankreich durch den Abschluß eines Paktes, für den unserer Ueberzeugung nach keine zu begreifende Notwendigkeit vorlag, der aber im Falle seiner Realisierung eine neue Schlinge schaffen müßte und würde. Dieses Interview ist, wie Sie wissen, aus Gründen, die uns unbekannt sind, zurückgehalten worden und

erwies erst am Tage nach der Ratifizierung in der französischen Kammer. So sehr ich entsprechend meiner Ankündigung in diesem Interview auch in Zukunft bereit sein werde und aufrichtig gewillt bin, im Sinne dieser deutsch-französischen Verständigung zu wirken, weil ich in ihr ein notwendiges Element der Sicherung Europas vor unabsehbaren Gefahren erblicke und weil ich mir für beide Völker aus keinem anderen Verhalten irgend einen möglichen Vorteil versprechen kann oder auch nur zu sehen vermag, wohl aber ichwerte allgemeine und internationale Gefahren erblicke, so sehr zwang mich die Kenntnis von der endgültigen Abmachung dieses Paktes nunmehr in eine Ueberzeugung der dadurch entstandenen Lage einzutreten und die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen sind sehr schwer und sie tun uns und mir persönlich bitter leid. Allein ich bin verpflichtet, nicht nur der europäischen Verständigung Opfer zu bringen, sondern auch den Interessen meines eigenen Volkes zu gedenken. Solange ein Opfer bei der Gegenseite auf Würdigung und Verständnis köpft, will ich mich gerne zum Opfer bekennen und werde dem deutschen Volke das gleiche anempfehlen. In dem Augenblick, in dem aber feststeht, daß ein Partner diese Opfer nicht mehr bewertet oder würdigt, muß sich daraus eine einseitige Belastung Deutschlands ergeben und damit eine Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. Ich möchte aber in dieser geschichtlichen Stunde und an diesem Plage noch einmal das wiederholen, was ich in meiner ersten großen Reichstagsrede im Mai 1935 ausgesprochen habe: Das deutsche Volk wird lieber jede Not und Drangsal auf sich nehmen als von dem Gebot der Ehre und dem Willen zur Freiheit und zur Gleichberechtigung abzuweichen. Wenn das deutsche Volk für die europäische Zusammenarbeit etwas wert sein soll, dann kann es diesen Wert nur haben als ein christlicher und daher gleichberechtigter Partner. In dem Augenblick, in dem es aufhört, diesen charakteristischen Wert zu besitzen, verliert es auch jeden irdischen. Ich möchte weder uns noch die übrige Welt betrügen mit einem Volk, das dann nichts mehr wert sein würde, weil ihm das natürliche Ehrgefühl mangelt. Ich glaube aber auch, daß man selbst in der Stunde so bitterer Erkenntnis und schwerer Entscheidung nicht verfallen darf, für die europäische Zusammenarbeit trotz allem erst recht einzutreten und nach neuen Wegen zu suchen, um einer Lösung dieser Fragen in einem für alle nützlichen Sinne zu ermöglichen. Ich habe mich daher weiter bemüht, dem konkreten Vorschlag der Empfindung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, das um seine Sicherheit besorgt, für seine Freiheit zu jedem Opfer bereit, zu einer wirklichen, aufrichtigen und gleichwertigen europäischen Zusammenarbeit aber jederzeit gewillt ist.

Nach schwerem innerem Ringen habe ich mich daher namens der deutschen Reichsregierung entschlossen, heute der französischen Regierung und den übrigen Signatarmächten des Locarnopaktes folgendes Memorandum überreichen zu lassen:

### Memorandum

Sofort nach dem Bekanntwerden des am 2. Mai 1935 unterzeichneten Paktes zwischen Frankreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Deutsche Regierung die Regierungen der übrigen Signatarmächte des Rheinpakt von Locarno daraus aufmerksam gemacht, daß die Verpflichtungen, die Frankreich in dem neuen Pakt eingegangen ist, mit seinen Verpflichtungen aus dem Rheinpakt nicht vereinbar sind. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt damals sowohl rechtlich als politisch ausführlich begründet, und zwar in rechtlicher Beziehung in dem deutschen Memorandum vom 25. Mai 1935, in politischer Beziehung in den vielfachen diplomatischen Besprechungen, die sich an dieses Memorandum angeschlossen haben.

Den beteiligten Regierungen ist auch bekannt, daß weder ihre schriftlichen Antworten auf das deutsche Memorandum, noch die von ihnen auf diplomatischem Weg oder in öffentlichen Erklärungen vorgebrachten Argumente den Standpunkt der deutschen Regierung erschüttern konnten.

In der Tat hat die gesamte Diskussion, die seit dem Mai 1935 diplomatisch und öffentlich über diese Fragen geführt worden ist, in allen Punkten nur die Auffassung der Deutschen Regierung bestätigen können, die sie von Anfang an zum Ausdruck gebracht hat:

1. Es ist unbestritten, daß sich der französisch-sowjetrussische Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtet.
2. Es ist unbestritten, daß Frankreich in dem Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion Verpflichtungen übernimmt, die weit über seinen Austrag aus der Völkerbundsabmachung hinausgehen und die es selbst dann zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland zwingen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung oder überhaupt auf eine vorliegende Entscheidung des Völkerbunds berufen kann.
3. Es ist unbestritten, daß Frankreich in einem solchen Falle also das Recht für sich in Anspruch nimmt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer der Angreifer ist.
4. Es steht somit fest, daß Frankreich der Sowjetunion gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, die praktisch darauf hinauslaufen, gegebenenfalls so zu handeln, daß weder die Völkerbundsabmachung, noch der Rheinpakt, der auf diese Sachung Bezug nimmt, in Geltung wären.

Dieses Ergebnis eines französisch-sowjetischen Vertrages wird nicht damit beseitigt, daß Frankreich darin den Vorbehalt gemacht hat, zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland dann nicht verpflichtet sein zu wollen, wenn es sich durch ein solches Vorgehen einer Sanktion seitens der Garantemächte Italien und Großbritannien aussetzen würde. Diesem Vorbehalt gegenüber bleibt nur die Tatsache entscheidend, daß der Rheinpakt nicht etwa auf Garantieverpflichtungen Großbritanniens und Italiens, sondern primär auf den im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland festgelegten Verpflichtungen beruht.

Es kommt deshalb allein darauf an, ob sich Frankreich bei der Uebernahme dieser Vertragsverpflichtungen in jenen Grenzen gehalten hat, die ihm im Verhältnis zu Deutschland durch den Rheinpakt auferlegt worden sind. Das aber muß die deutsche Regierung vernemen.

Der Rheinpakt sollte das Ziel verwirklichen, den Frieden im Westen Europas dadurch zu sichern, daß Deutschland einerseits

und Frankreich und Belgien andererseits in ihrem Verhältnis zueinander für alle Zukunft auf die Anwendung militärischer Gewalt verzichteten. Wenn beim Abschluß des Paktes bestimmte Ausnahmen von diesem Kriegsverzicht über das Recht der Selbstverteidigung hinaus zugelassen wurden, so lag, wie allgemein bekannt, der politische Grund hierfür allein darin, daß Frankreich schon vorher gegenüber Polen und der Tschchoslowakei bestimmte Bündnisverpflichtungen übernommen hatte, die es der Idee der absoluten Friedenssicherung im Westen nicht opfern wollte. Deutschland hat sich aus einem guten Gewissen heraus damals mit diesen Einschränkungen des Kriegsverzichts abgefunden. Es hat die von dem Vertreter Frankreichs auf den Tisch von Locarno gelegten Verträge mit Polen und der Tschchoslowakei nicht beanstandet, allein unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Verträge sich an die Konstruktion des Rheinpakt anpaßten und keinerlei Bestimmungen über die Handhabung des Artikels 16 der Völkerbundsabmachung enthielten, wie sie in den französisch-sowjetrussischen Abmachungen vorgelegen sind.

Dem entprochen hat auch der damals der deutschen Regierung bekanntgewordene Inhalt dieser Sonderabmachungen. Die im Rheinpakt zugelassenen Ausnahmen sind allerdings nicht ausdrücklich auf Polen oder die Tschchoslowakei abgestellt, sondern abstrakt formuliert worden. Es war aber der Sinn aller hierauf bezüglichen Verhandlungen, nur einen Ausgleich zwischen dem deutsch-französischen Kriegsverzicht und dem Wunsch Frankreichs nach Aufrechterhaltung seiner schon bestehenden Bündnisverpflichtungen zu finden. Wenn sich daher Frankreich die abstrakte Formulierung der im Rheinpakt zugelassenen Kriegsmöglichkeiten jetzt zuunehmen, um ein neues Bündnis mit einem militärisch hoch gerüsteten Staat gegen Deutschland abzuschließen, wenn es so die Tragweite des von ihm mit Deutschland vereinbarten Kriegsverzichts weiterhin und in der entscheidenden Weise einschränkt und wenn es dabei, wie oben dargelegt, nicht einmal die festgesetzten formellen Grenzen einhält, so hat es damit eine völlig neue Lage geschaffen und hat politische Systeme des Rheinpakt sowohl dem Sinne nach als auch tatsächlich zerstört.

Die letzten Debatten und Beschlüsse des französischen Parlamentes haben erwiesen, daß Frankreich trotz der deutschen Vorstellungen entschlossen ist, den Pakt mit der Sowjetunion endgültig in Kraft zu setzen, so eine diplomatische Unterredung hat ergeben, daß sich Frankreich schon jetzt an die von ihm geleistete Unterzeichnung dieses Paktes vom 2. Mai 1935 als gebunden anseht. Gegenüber einer solchen Entwicklung der europäischen Politik kann aber die deutsche Reichsregierung, will sie nicht die ihr pflichtgemäß anvertrauten Interessen des deutschen Volkes vernachlässigen lassen oder preisgeben, nicht untätig bleiben. Die deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen der letzten Jahre stets betont, alle sich aus dem Rheinpakt ergebenden Verpflichtungen so lange zu halten und erfüllen zu wollen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen. Diese selbstverständliche Voraussetzung kann jetzt aus Seiten Frankreichs nicht mehr erfüllt angesehen werden. Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebote und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpakt mit einem ausschließlich gegen Deutschland gerichteten militärischen Bündnis mit der Sowjetunion beantwortet.

Damit hat der Rheinpakt von Locarno aber seine inneren Sinn verloren und praktisch aufgehört zu existieren.

Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesen erloschenen Pakt gebunden an.

Die Deutsche Regierung ist nunmehr gezwungen, der durch dieses Bündnis neu geschaffenen Lage zu begegnen, einer Lage, die dadurch verschärft wird, daß der französisch-sowjetische Vertrag keine Ergänzung in einem genau parallel gehaltenen Bündnisvertrag zwischen der Tschchoslowakei und der Sowjetunion gefunden hat.

Im Interesse des primitiven Rechtes eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat daher die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage

die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches und der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes wieder hergestellt.

Um aber jeder Mißdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein defensiven Charakter dieser Maßnahmen außer Zweifel zu setzen, sowohl als ihrer ewig gleichbleibenden Sehnacht nach einer wirklichen Befriedigung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichberechtigten Staaten Ausdruck zu verleihen, erklärt sich die Deutsche Reichsregierung bereit, auf der Grundlage der nachstehenden Vorschläge neue Vereinbarungen für die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung zu treffen:

1. Die deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, mit Frankreich und Belgien über die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone sofort in Verhandlungen einzutreten und einem solchen Vorschlag in jeder Tiefe und Auswirkung unter der Voraussetzung der vollkommenen Parität von vornherein ihre Zustimmung zu geben.
2. Die deutsche Reichsregierung schlägt vor, zunächst zur Sicherung der Unverletzbarkeit und Unverletzlichkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschließen, dessen Dauer sie bereit ist, auf 25 Jahre zu fixieren.
3. Die deutsche Reichsregierung wünscht England und Italien einzuladen, als Garantemächte diesen Vertrag zu unterzeichnen.
4. Die deutsche Reichsregierung ist einverstanden, falls die königlich niederländische Regierung es wünscht, und die anderen Vertragspartner es für angebracht halten, die Niederlande in diesen Vertrag einzubeziehen.



# Der Führer spricht über den Wahlkampf

Jubel um den Führer in Berlin — Erhebende Kundgebung im Herrenhaus — Der Führer vor seinen Mitkämpfern

5. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur weiteren Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen zwischen den Westmächten einen laufenden Pakt abzuschließen, der geeignet ist, der Gefahr plötzlicher Vorfälle automatisch und wirksam vorzubeugen.

6. Die deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit den im Osten an Deutschland grenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen. Da die litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Memelgebiet gegenüber eine gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen mußte, zurück und erklärt sich unter der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaus der garantierten Autonomie des Memelgebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

7. Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über das gesamte deutsche Reichsgebiet sieht die deutsche Regierung den Hauptgrund für den feinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als behoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartung aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

## Männer, Abgeordnete des Deutschen Reiches!

In dieser geschichtlichen Stunde, da in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen loeben ihre künftigen Friedensgarnisonen beziehen, vereinigen wir uns alle zu zwei heiligen Bekenntnissen:

1. Zu dem Schwur, vor keiner Macht und vor keiner Gewalt in der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuzweichen und lieber der schwersten Not ehrenvoll zu erliegen, als jemals vor ihr zu kapitulieren.

2. Zu dem Bekenntnis, nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas insbesondere für eine Verständigung mit unseren westlichen Völkern und Nachbarn einzutreten.

Nach drei Jahren, glaube ich, so mit dem heutigen Tag den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung als abgeschlossen ansehen zu können. Ich glaube, daß damit aber die erste Voraussetzung für unsere feinerzeitige Zurückziehung aus der europäischen kollektiven Zusammenarbeit weggefallen ist.

Wenn wir daher nunmehr wieder bereit sind, zu dieser Zusammenarbeit zurückzukehren, dann geschieht es mit dem aufrichtigen Wunsch, daß vielleicht diese Vorgänge und ein Rückblick auf diese Jahre mitwirken werden, das Verständnis für diese Zusammenarbeit auch bei den anderen europäischen Völkern zu vertiefen. Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Krieg nicht gelöst werden können. Wir hoffen aber, daß die menschliche Einsicht mithelfen wird, das Schmerzliche dieser Zustände zu mildern und Spannungen auf dem Wege einer langsamen evolutionären Entwicklung in friedlicher Zusammenarbeit zu beheben.

Und insbesondere empfinde ich mit dem heutigen Tage erst recht die Notwendigkeit der Verpflichtung zu würdigen, die uns die wieder erlangte nationale Ehre und Freiheit auferlegen, Verpflichtungen nicht nur unserem eigenen Volk gegenüber, sondern auch gegenüber den übrigen europäischen Staaten. So möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Gedanken, die ich in den 13 Punkten meiner letzten Rede hier ausgesprochen habe, in die Erinnerung der europäischen Staatsmänner zurückrufen mit der Versicherung, daß wir Deutsche gern alles tun wollen, was zur Verwirklichung dieser sehr realen Ideale möglich und nötig ist.

Meine Parteigenossen! Seit drei Jahren führe ich nun die Regierung des Deutschen Reiches und damit des deutschen Volkes. Groß sind die Erfolge, die mich die Vorsehung in diesen drei Jahren für unser Vaterland erringen ließ. Auf allen Gebieten unseres nationalen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ist unsere Stellung gebessert worden. Ich darf an diesem Tage aber auch bekennen, daß mich in dieser Zeit zahlreiche Sorgen bedrückten und unzählige schlaflose Nächte arbeitsreiche Tage begleiteten. Ich konnte dies alles nur tun, weil ich mich nie als Diktator meines Volkes, sondern stets nur als sein Führer und damit als sein Beauftragter gefühlt habe. Ich habe um die innere Zustimmung des deutschen Volkes zu meinem Ideal 14 Jahre gerungen und bin dann dank seines Vertrauens von dem ehrwürdigen Generalfeldmarschall gerufen worden. Ich habe aber auch seitdem alle meine Kraft nur aus dem glücklichen Bewußtsein geschöpft, mit meinem Volk unauflösbar verbunden zu sein, als Mann und als Führer.

Ich kann diese geschichtliche Periode der Wiederherstellung der Ehre und Freiheit meines Volkes nicht abschließen, ohne das deutsche Volk nunmehr zu bitten, mir und damit allen meinen Mitarbeitern und Mitkämpfern die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu all dem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Entschlüssen, an harten Maßnahmen durchgeführt und an großen Opfern fordern mußte. Ich habe mich deshalb entschlossen, am heutigen Tage

den Deutschen Reichstag aufzulösen.

Berlin, 8. März. Der Sonntag stand, wie im Westen des Reiches, so auch in Berlin, ganz im Zeichen der nun restlos wieder hergestellten deutschen Oberhoheit über das Rheinland im Zeichen der Wiederbelebung der rheinischen Städte mit deutschen Truppenteilen. Schon in den frühen Morgenstunden sammelten sich Zehntausende von Menschen am Wilhelmplatz, in der Wilhelmstraße, der Straße unter den Linden, im Lustgarten und den umliegenden Straßen.

Als der Führer zur Helbigengedenkfeier in der Staatsoper die Reichsanzlei verließ, da war die Wilhelmstraße ein einziges Jubelbrauen. Die Berliner Bevölkerung bezeugte dem Führer aus seiner Fahrt zur Staatsoper ihre Meinung über die historische Tat vom 7. März. Diese Stimmung, die sich hier offenbarte, hielt den ganzen Tag über an. Immer wieder war der Wilhelmplatz Schauplatz von Jubelzügen und geradezu beängstigend wurde das Gedränge am Wilhelmplatz, in der Wilhelmstraße und der Leipzigerstraße, als die Dämmerung sich herabentelte und die Stunde herannahte, in der die Ansahrt des Führers zu der großen Führerkundgebung der Partei im Herrenhaus zu erwarten war. Kurz vor 19 Uhr verließ der Führer die Reichsanzlei und fuhr stehend durch das dichte Menschenpolster zum Herrenhaus. Im großen Saal des Herrenhauses hatten sich inzwischen die Reichsleiter, Gauleiter, Gaupropagandaleiter, Reichsredner und die Mitglieder der Reichspropagandaleitung der NSDAP, alles alte Kämpfer der nat.-soz. Bewegung, eingefunden.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Dr. Göbbels, eröffnete die Kundgebung und wies auf die historische Tat des Führers vom 7. März hin.

damit das deutsche Volk sein Urteil abzugeben vermag über meine und meiner Mitarbeiter Führung.

In diesen drei Jahren hat Deutschland wieder zurückgefunden seine Ehre, wiedergelunden seinen Glauben, überwunden seine größte wirtschaftliche Not und endlich einen neuen kulturellen Aufstieg eingeleitet. Dies glaube ich vor meinem Gewissen und vor meinem Gott aussprechen zu dürfen.

Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch die Kraft seines Vertrauens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, um für seine Ehre und seine Freiheit jederzeit mutig eintreten und für sein wirtschaftliches Wohlergehen sorgen zu können und mich besonders zu fühlen in meinem Ringen um einen wahrhaften Frieden.

## Fackelzug vor dem Führer

Berlin, 8. März. Wie jenen unvergeßlichen 30. Januar 1933, so beschloß auch den Tag, da Adolf Hitler dem deutschen Volke die völlige Wiederherstellung seiner Wehrhoheit gab, als Dant und Huldigung an den Führer ein Fackelzug.

Gegen 21 Uhr war der Wilhelmplatz schwarz von Menschen. Sprechchöre verlangten unentwegt nach dem Führer. Mit kürzester Begeisterung begrüßte die Menge Reichsminister Dr. Göbbels, als er von seinem Ministerium zur Reichsanzlei herüberfuhr. Auch die Westseite der Wilhelmstraße war bis zu den Linden hin von einer undurchdringlichen Menschenmauer besetzt, ebenso hatten sich Tausende in der Nähe des Brandenburger Torres eingefunden, um den Einzug der Formationen hier zu erleben.

In endlos langer Reihe erstreckte das Licht der Fackeln. Die Leibstandarte marschierte an der Spitze des Zuges durch den Brandenburger Tor. Ihr folgten in Zwölferreihen das NSKK, die SA und Marine-SA. Jubelnd begrüßte die Bevölkerung die endlosen Kolonnen.

Unbeschreiblich wird der Jubel der auf dem Wilhelmplatz Kopf an Kopf sich drängenden Menge, als der Führer kurz nach 22.15 Uhr mit seinen Mitarbeitern den Balkon betrat. Mit dem Führer erschienen Stabschef Luhe, Reichsleiter Dr. Göbbels, Gauleiter Staatsminister Wagner, Gauleiter Streicher und andere mehr. Gegen Schluß des Fackelzuges kam auch Reichsminister General Göring zum Führer auf den Balkon. Der Begeisterungsturm ebbt nicht ab, bis die Spitze des Zuges, die eben von den Linden her in die Wilhelmstraße eingezogen war, die Reichsanzlei erreicht. Das an der Spitze marschierende Musikkorps der Leibstandarte schwenkte dem Balkon gegenüber ein und spielte den Badenweiler Marsch. An der Spitze der Leibstandarte marschierte Obergruppenführer Dietrich. Kolonne um Kolonne zog am Führer vorbei, dann und wann zwischen den Abteilungen ein Wald von Fahnen. Ein SS-Trupp bildete den Abschluß des Fackelzuges. Entblößten Hauptes singen die Tausende nach den Klängen der Kapelle das Lied der Deutschen und das Horst-Wessel-Lied.

Und das war vielleicht das Schönste an diesem Fackelzug: wie eine nicht auszuhaltende Woge schoben sich die Menschen auf den angrenzenden Straßen nach dem Platz zu, um so nah als möglich an den Führer heranzukommen. Der historische Tag hatte einen würdigen Abschluß gefunden.

## Gesetz über das Reichstagswahlrecht

Berlin, 8. März. Im Reichsgesetzblatt vom 7. März wird ein Gesetz über das Reichstagswahlrecht veröffentlicht. Das Gesetz lautet:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### § 1

Reichstagswähler sind außer den deutschen Staatsangehörigen, die nach der Ersten Verordnung vom 14. November 1935 (RGBl. I Seite 1333) zum Reichsbürgergesetz vorläufig als Reichsbürger gelten, auch die deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die am Wahltag 20 Jahre alt sind, sofern sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder sofern nicht die Ausübung ihres Wahlrechts ruht (§ 2 des Reichswahlgesetzes). Die Bestimmungen der Paragraphen 2 und 5 Abs. 2 der genannten Verordnung finden Anwendung.

Dann sprach der Führer weit über eine Stunde zu seinen alten Mitkämpfern und nahm von großen politischen Gesichtspunkten aus zu dem bevorstehenden Wahlkampf Stellung.

Er gab, wie die NSR, meldet, in packenden Bildern eine Rückschau über den Weg, den Deutschland in den drei Jahren nationalsozialistischer Regierung zurückgelegt hat und stellte das Deutschland von heute gegenüber jenem zerrütteten und verkommenen Deutschland vom Januar 1933. Unter begeistelter Zustimmung sprach er die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk durch sein einmütiges Bekenntnis gerade jetzt hinter ihn trete, denn es habe nichts mehr Gewicht im Kampf der politischen Kräfte als die einmütige Willenskundgebung eines 60-Millionenvolkes.

Nachdem der Führer geendet hat, nahm Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels das Wort und gab dem Danke Ausdruck, mit dem alle Nationalsozialisten des Führers und seiner großen Befreiungstat gedenken.

„Sie, mein Führer“, so erklärte Dr. Göbbels unter jubelnder Zustimmung, „haben gestern der Partei und mit ihr dem ganzen deutschen Volk aus dem Herzen gesprochen.“ In diesem Augenblick drängten die Anwesenden spontan zum Plag des Führers und bereiteten ihm unter dem Eindruck der Ereignisse des 7. März und der Rede des Führers eine minutenlange Jubelkundgebung.

Dann gab der vom Führer bestimmte Leiter des Wahlkampfes, Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels, im Sinne der Ausführungen des Führers die einzelnen Richtlinien für den dreiwöchigen Wahlkampf.

### § 2

Wer, ohne wahlberechtigt zu sein, eine Stimme abgibt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

### § 3

Der Reichsminister des Innern ist ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Er kann die Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes über die Wahlbarkeit und über die Verteilung der Sitze auf die Bewerber in den Wahlvorschlägen ändern und die im Reichswahlgesetz vorgezeichnete Frist verkürzen.

Der Führer und Reichsanzler:  
Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern:  
Feld.

## Auflegung der Stimmlisten am 21. und 22. März

Berlin, 8. März. Nachdem der Termin für die Reichstagswahl auf Sonntag den 20. März 1936 festgelegt ist, hat der Reichsminister des Innern des Reichstagswahlgesetzes über die Auflegung der Stimmlisten am 21. und 22. März 1936 aufzulegen sind. Die beteiligten Dienststellen sind durch Funkpruch beauftragt worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen.

## Das Echo der Welt zur Rede des Führers

Frankreich

Paris, 8. März. Eine endgültige Stellungnahme der französischen Regierung zu der Maßnahme der Reichsregierung wurde am Sonntag im Ministerrat beschlossen. In politischen Kreisen erklärt man, daß der deutsche Schritt eine „flagrante Verletzung“ des Locarno-Vertrages darstelle, da weder an die Signatarmächte noch an den Völkerbundrat eine Vorankündigung erlangt sei, wie sie im Artikel 8 des Locarno-Vertrages vorgezeichnet sei. Die Pariser Presse berichtet über die Schritte der Reichsregierung in großer Aufmachung.

Der „Temps“ schreibt u. a.: „Wieder einmal stellt Deutschland Europa vor die vollendete Tatsache der einseitigen Kündigung und der Verletzung eines frei unterzeichneten Vertrages.“ Deutschland kündige Locarno und schlage eine neue Regelung vor, wobei es die Aussicht seiner Rückkehr nach Genf geltend mache. Gewiß dürfe man nie Verhandlungen ablehnen oder Verhandlungen die Tür schließen, aber man dürfe sich auch nicht verhehlen, daß die Tatsache, eine Aufforderung zur Verhandlung mit einer rohen Verletzung (!) eines in Kraft befindlichen Vertrages zu verbinden, nicht dazu angetan sei, die Verhandlungen zu erleichtern und das Vertrauen zu einem neuen Abkommen zu festigen. Für das Einrücken der Wehrmacht in die Rheinlandzone habe Deutschland einen guten oder schlechten Vorwand benötigt. Es habe ihn in dem französisch-sowjetrussischen Pakt zu finden geglaubt. Frankreich sei seines guten Rechtes (!) so sicher, daß Außenminister Flandin in Aussicht gestellt habe, daß der Streit über die Auslegung des französisch-sowjetrussischen Vertrages dem internationalen Schiedsgericht im Haag unterbreitet werden möge.

Die „Information“ trägt in ähnlicher Weise von der Verletzung eines Vertrages. Deutschland, so lamentiert das Blatt weiter, wolle Europa das Gesetz vorschreiben. Für Deutschland sei alles eine Frage der Zweckmäßigkeit. Ein Recht gebe es nicht. Wenn Hitler nach Genf zurückkehren wolle, so stehe dem Völkerbund hierüber der Beschluß zu.

Das „Journal des Debats“ schreibt, die Ereignisse des Samstags könnten Erregung, aber nicht Ueberraschung hervorrufen. Nach einigen Verdächtigungen Deutschlands schließt das Blatt, die erste Pflicht sei, nichts ohne reifliche Ueberlegung zu sagen und zu tun. Die Regierungen Frankreichs und Englands, die untätig gewesen seien, als sie die Ereignisse noch hätten verhindern können, würden ihre Fehler nicht gutmachen, sondern nur verschlimmern, wenn sie leichtfertig unvernünftige Entschlüsse fassen würden.

Die „Liberté“ meint, es sei weiterhin ein Rätsel, was die französische Regierung beabsichtige. Frankreich habe eine Regierung der Volksfront. Werde es Deutschland den Gesang der Internationale entgegenstellen?

### England

London, 8. März. Die erste Äußerung eines der führenden Politiker Englands zu den Vorschlägen des Führers ist die



# Wieder deutsche Soldaten am deutschen Rhein

## Die einziehenden Truppen mit unendlichem Jubel begrüßt

George Lansburgs, des großen ehemaligen arbeiterparteilichen Führers. Er sagt: „Diejenigen, die den Frieden wünschen, sollten es der Regierung dringend nahelegen, daß sie Herrn Hitler beim Wort nimmt. In einem Brief an den Bürgermeister von Poplar schreibt Lansburg: „Ich sehe nicht, was Europa denn anderes hätte erwarten können. Weder bei uns noch in Frankreich ist eine Mobilisierung erforderlich, es sei denn, daß man den gesunden Menschenverstand mobilisiert. Diejenigen, die den Frieden wünschen, müssen sich zusammenschließen, um andere Regierungen entschieden aufzufordern, daß sie die Forderung nach einer neuen Friedenskonferenz, und diesmal nach einer wirklichen Friedenskonferenz, unterstützen. Geheime Verhandlungen, geheime Pakte, das muß alles aufgegeben werden.“

Der „Evening Standard“ überschreibt seinen Bericht: „Die deutschen Truppen marschieren ins Rheinland. — Hitler läßt Locarno. — Bietet einen all-round-Friedenspakt an und schlägt vor, wieder in den Völkerbund einzutreten. — Gegen Bedingungen.“

Der diplomatische Korrespondent des „Star“ berichtet, die britischen Minister seien der Ansicht, daß die Lage „ernst“ sei, aber kein Grund für eine Panik vorhanden wäre. Es sei aller Grund vorhanden dafür, daß Europa sich ruhig halten und dafür sorgen sollte, daß Hitlers Handlungen nicht zu Ergebnissen führten, die für Deutschland ebenso katastrophal sein würden wie für die anderen Länder Europas. Hitler habe seine Truppen in die verbotene Zone gelegt; zur gleichen Zeit mache er positive Vorschläge. Es sei an den anderen Mächten, diese zu unterstützen, sie soweit wie möglich auszuwickeln und zu sehen, ob sie angenommen oder angepaßt werden können.

Der „Sunday Dispatch“ schreibt u. a. Hitler hat durch seine Handlungen und Worte das gesamte Gesicht Europas geändert. Der Locarnopakt ist tot und fällt ohne Ehre und Ruhm in das Grab der Zeitlicher der Vergangenheit. — In einem Sonderartikel im gleichen Blatt schreibt Ward Price: „Jetzt müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wenn wir sie meistern, kann der Friede hergestellt werden. Vor allem laßt uns, wenn wir den Ereignissen gegenüberstehen, freimachen von jedem Vorurteil gegenüber dem Nationalsozialismus! Was uns allein angeht, ist die auswärtige Politik Deutschlands. — Der parlamentarische Berichterstatter des „Sunday Dispatch“ meldet, daß die britische Regierung bereit sei, mit Deutschland und den anderen Mächten in eine Aussprache über die Erziehung des Locarnovertages durch einen neuen Vertrag einzutreten.“

### Italien

Rom, 8. März. Amtliche italienische Kreise wahren zu den Entschlüssen der Reichsregierung allergrößte Zurückhaltung und enthalten sich vorerst ausdrücklich jeder Stellungnahme. „Ottobro“ erklärt, es sei in diesem Augenblick nichts zu tun als eine wesentliche Ursache festzustellen. Ohne die englischen Feindseligkeiten gegen das afrikanische Unternehmen gegen Italien, glaubt das Blatt, hätte Deutschland diesen Schritt nicht getan. Die deutsche Frage wäre nach Ansicht des Blattes sorgfältig von Kanzleien und technischen Kommissionen geprüft worden, um Deutschland die Genugtuung zu geben, die ihm — gewollt oder ungewollt — heute oder morgen gegeben werden müsse, da es sich um ein Land von 60 Millionen Menschen handle.

### Belgien

Brüssel, 8. März. Die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands in der entmilitarisierten Zone hat in der belgischen Hauptstadt ungeheures Aufsehen erregt. Die bis jetzt erschienenen Kommentare verraten eine durchaus feindselige Einstellung gegenüber dem deutschen Schritt und zeigen geringere Verständnis für die konstruktiven deutschen Befriedigungsvorschläge. Die „Nation belge“ zieht die Schlussfolgerung: „Wir müssen Risiken und Bündnisse schließen, die durch langjährige Militärabkommen verstärkt werden müssen.“ (!) Der marxistische „Peuple“ überläßt es seinem händigen außenpolitischen Verräter, einem Spjunden, die Absichten Deutschlands in gewohnter Weise zu entstellen.

Das Bild, das sich aus diesen ersten Äußerungen ergibt, ist naturgemäß einseitig. Erst in den nächsten Tagen wird man volle Klarheit darüber haben, wie die öffentliche Meinung in Belgien sich gegenüber der neuen Lage verhält, und welche Schlussfolgerungen sie daraus zieht.

### Rußland

Moskau, 8. März. Die sowjetamtliche „Tag“ berichtet über den Inhalt des Memorandums, ohne indessen dazu Stellung zu nehmen. Bemerkenswert ist, daß in den bisherigen Bemerkungen aus Berlin mit keinem Wort auf den Teil der Rede Bezug genommen wird, der sich besonders eingehend mit Sowjetrußland befaßt.

### Tschechoslowakei

Prag, 8. März. Sämtliche Abendblätter veröffentlichen die Erklärung des Reichsanzlers in großer Aufmachung, enthalten sich aber bis jetzt jeder eigenen Bemerkung dazu. Nur das Abendblatt der tschechischen Oppositionellen, „Korobny List“, meint, daß man sich zweifellos an der Schwelle ernstlicher Ereignisse befinde. Man wird in Prag zunächst abwarten, was Paris und London dazu zu sagen haben.

### Litauen

Kowno, 8. März. Die Führerrede wurde in Litauen mit größtem Interesse aufgenommen. In politischen Kreisen hört man, daß vor allem die Stelle des Memorandums, die sich mit den Obfragen beschäftigt, insofern mit großer Befriedigung aufgenommen worden ist, als darin eine veränderte Stellungnahme Litauens gegenüber erblickt wird.

### Holland

Amsterdam, 7. März. Besonders hervorgehoben wird hier die Tatsache, daß der Führer auch der niederländischen Regierung angeboten habe, an den neu zu schaffenden Vorschlägen der Nichtangriffspakte teilzunehmen und daß Deutschland sich bereit erklärt, als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund zurückzutreten.

### Schweden

Stockholm, 8. März. „Kya Dagligt Allehanda“ erklärt im Veltausfall, der mit „Locarnos Ende“ überschrieben ist, u. a. Frankreichs eigenartiges Verhalten an unausweichlichen Einschränkungen der Souveränität der deutschen Großmacht habe die Früchte getragen, die es habe tragen müssen. Das Blatt erklärt u. a., die Militarisierung der Rheinlandzone könne den Bankrott der europäischen Politik der Nachkriegszeit bedeuten.

### Schweiz

Basel, 8. März. Im Bundeshaus zu Bern wird die Rede als die bedeutendste außenpolitische Kundgebung Deutschlands seit

Berlin, 8. März. Die vom Führer und Reichsanzler am Samstag verkündete Wiederbelegung der entmilitarisierten Rheinlandzone durch deutsche Truppen hat überall am deutschen Rhein begeisterten Jubel ausgelöst. Als dann die Gewißheit kam, verbreitete sich die Kunde mit Windeseile durch alle Städte und Dörfer des Rheinlandes und mit unfehlbarer Sicherheit sammelte sich die begeisterte Bevölkerung der neuen Garnisonsstädte an den Brennpunkten, um den Empfang der deutschen Soldaten miterleben zu können. In kürzester Zeit hatten die öffentlichen und privaten Gebäude geflaggt.

In den frühen Morgenstunden dieses historischen Samstags waren von Berlin aus Sonderberichterstatter der hauptstädtlichen Presse und Vertreter der großen Presse im Reich in Sonderflugzeugen nach dem Rheinland gestartet, um Zeugen dieser großen Stunde zu sein.

### In Köln

Als die Bevölkerung wenige Minuten vor 12 Uhr die erste Flugzeugkassell der Luftwaffe über die Stadt hinwegbrauen. Begeisterter Jubel begrüßte die deutschen Flieger. Auf den Straßen um die Rheinbrücken, am Dom und am Ring stauten sich die Menschen. Mit Blitzgeschwindigkeit eilte die Kunde von dem bevorstehenden Einzug deutscher Soldaten durch die Stadt. Die zuerst eintreffende Pflz-Batterie wurde bei ihrer Fahrt über die Höhenzollernbrücke von einem unbeschreiblichen Jubel empfangen. Als dann die Infanterie einmarschierte, konnte der Jubel keine Grenzen mehr. Die Abperrungsmannschaften konnten nur mit größter Mühe die Mitte der Straßen für die einrückenden Truppen freihalten. Als die Spitze die linke Rheinseite erreichte, letzte schmetternd die Blechmusik ein. Der Infanterie folgten schwere Maschinengewehre und motorisierte Abteilungen. Den Abschluß bildete eine Panzerwagenabwehrkompanie. Am Dom nahm der Wehrkreiskommandeur Generalleutnant von Kluge den Vorbeimarsch der Truppen ab.

Nicht minder groß war die Begeisterung in Koblenz.

der alten Garnisonsstadt am Ehrenbreitstein. Als die Erklärung des Führers erfolgte, brach Jubel aus, wie ihn die Stadt wohl seit Jahren nicht mehr erlebt haben dürfte. Im Ru waren die Straßen ein Meer von Fahnenkreuzlagern. Inzwischen waren auf dem Bahnhof Koblenz-Nähel der erste Zug mit den Mannschaften der neuen Garnison eingelaufen. Als die Truppen mit klingendem Spiel über die alte Kurfürstendammbrücke die Mosel überquerten, brandeten nicht endenmolende Heilrufe den Soldaten entgegen. Die Menge durchbrach die Abperrungseilen und schmückte die Mannschaften mit Blumenkränzen, so ihrer Freude über die neuen Gäste Ausdruck gebend.

Auch in der Grenzstadt Trier herrschte allenthalben nicht zu beschreibende Begeisterung über die Befreiungstat des Führers. Die seit jeher mit den Soldaten eng verknüpfte Bevölkerung war als die ersten Soldaten auf dem Bahnhof Trier-West eintrafen, sofort in großer Zahl zur Stelle, obwohl vorher nicht das geringste über den Einzug der Soldaten bekannt geworden war.

In der alten Festungsstadt

übernahm die Nacht durch den Nationalsozialismus betrachtet. „Die guten Absichten der deutschen Regierung über die Wieder- aufnahme der Zusammenarbeit in der internationalen Politik, also im Völkerbund“, schreibt die „Nationalzeitung“, „sind für die Schweiz ganz allgemein und insbesondere als Völkerbundsstaat von größter Bedeutung.“ Die „Baseler Nachrichten“ behaupten, inolge des Einzuges der deutschen Truppen sei die Verpflichtung der Garantiemächte gegenüber Frankreich gegeben.

### Amerika

Washington, 8. März. Außenminister Hull gab auf die Frage, ob die Rechte Amerikas durch die Belegung des Rheinlandes irgendwie berührt seien, eine verneinende Antwort. Er wies auf den Berliner Vertrag hin, der deutlich feststelle, daß Amerika keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich der entmilitarisierten Gebiete übernommen habe.

Der bekannte amerikanische Journalist Bierck veröffentlicht folgende Erklärung: „Es besteht kein Grund für die Welt, sich über die Tatsache aufzuregen, daß Deutschland beschlossen hat, Befehl von seinem eigenen Landesteil zu ergreifen. Das Vergehen Hitlers war nach der Belegung des Locarno-Paktes durch einige seiner Unterzeichner unvermeidlich. Die Wieder- angliederung des deutschen Rheinlandes an das Deutsche Reich beseitigt den größten Gefahrenpunkt für den europäischen Frieden. Die Meisterrede Hitlers, in der er sein Vorgehen begründet, ist keine Herausforderung zum Krieg, sondern zum Frieden.“

## Beschlüsse des französischen Ministerrats

Wird Frankreich auch diesmal die Chance einer europäischen Verständigung verpassen?

Paris, 8. März. Ueber den Ministerrat am Sonntag wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht: „Die Minister haben sich am Sonntag vormittag im Elyse unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Lebrun, versammelt. Außenminister Lyautey hat dem Ministerrat die letzten Mitteilungen zur Kenntnis gebracht, die er über die Lage erhalten hat. Der Ministerrat hat die deutsche Denkschrift geprüft. Er hat sie als unannehmbar befunden. Der Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, unverzüglich und gemäß dem Locarnopakt den Völkerbundsrat zu befragen und eine Beratung mit den Signatarmächten des Locarno-Vertrages zu eröffnen. Diese Beratung wird am Dienstag in Paris erfolgen.“

Der Kriegsminister General Maurin erstattete Bericht über die Sicherheitsmaßnahmen, die dem ersten Augenblick an durchgeführt worden sind, sowie über die von der Regierung angeordneten Truppenbewegungen. Er wurde ermächtigt, ebenso wie der Kriegsmarineminister und der Luftfahrtminister die ergänzenden Maßnahmen vorzubereiten, die die

Umstände erfordern würden. Eine Mitteilung wird den Kammern durch die Regierung zu Beginn der Dienstagnachmittags- Sitzung gemacht werden.“

Alles, was von deutscher Seite Frankreich bisher angeboten wurde, haben die Franzosen stets als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt. Der Führer hat in seiner Rede eingehend darüber berichtet. Jede Abklärung überhaupt war für die Franzosen unannehmbar, auch das Flottenabkommen mit England — das einzige Begrenzungsabkommen überhaupt — war für die Franzosen unannehmbar, ebenso die Vorschläge über einen Luftpakt. Am Samstag hat der Führer neue weitgehende Vorschläge zur Befriedigung Europas gemacht. Frankreich hat bisher immer abgelehnt. Wird es auch dieses Mal die Verständigung und den Frieden in Europa sabotieren?

London, 8. März. Neuer meldet aus Paris, die französische Regierung beabsichtige, in Genf internationale Sanktionen gegen Deutschland zu fordern. Sie wolle die Entscheidung des Völkerbundsrates anrufen, daß wirtschaftliche und finanzielle Sanktionsmaßnahmen gegen ein Land ergriffen werden sollen, das einseitig internationale Verpflichtungen anlehnt. Wie erinnerlich, sei diese Entscheidung in Straß nach der Verkündung der deutschen Wehrfreiheit im März letzten Jahres aufgestellt worden.

Die Unbelehrbaren

Paris, 8. März. Die Abendpresse unterstreicht die von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge „unannehmbar“ seien. Niemand denke daran, schreibt der „Temps“ zwar, die Tür zu einer etwaigen Verhandlung zu schließen, aber, so sehr er hinzu, es würde „außerordentlich gefährlich“ sein, eine Verhandlung ins Auge zu fassen, die von der „vollzogenen Tatsache der brutalen Belegung“ (!) eines Vertrages ihren Anfang nehme usw. Wie üblich, steht das Blatt den Frieden „gefährdet“. Es sei unzulässig, daß der Völkerbundsrat, der sich so streng gegenüber Italien in der Anwendung von Sühnemaßnahmen gezeigt habe, Schonung oder Gleichgültigkeit an den Tag legen könne angesichts einer Vertragsverletzung, die viel schwerer sei als die von Italien begangene.

Demgegenüber schreibt „Journal des Débats“ doch ein wenig nüchterner. Zwar ist es besonders darüber erboht, daß die englische Presse die Vorschläge mit jauchendem Wohlwollen aufgenommen habe. Die Bezeichnung „Einseitigkeit“, schreibt das Blatt, sei für diesen Geisteszustand der englischen Presse nicht zu hart. Um Deutschlands „Angriffe“ zum Scheitern zu verurteilen, gebe es keine andere

der Stadt, die am längsten fremde Besatzungen und fremde Fahnen gesehen hatte. Die große Rede des Führers wurde im ganzen Saarland mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen; noch während der Rede wurden überall die Fahnen herausgeholt. Die Formationen der Bewegung bildeten auf dem ganzen Wege vom Hauptgüterbahnhof bis zur Mitte Saarbrückens Spalier für die einrückenden Abteilungen. Kurz vor 16.30 Uhr traf der erste Transport ein. Junge Mädchen reichten den Mannschaften Blumenkränze. Der Einzug der Truppen erfolgte unter Vorantritt der Saarbrücker St.-Kapelle. Der Marsch in die Stadt gestaltete sich zu einem unvergleichlichen Triumphzug. Die Straßen waren von einer undurchdringlichen Menge besetzt. Alles jubelte immer und immer wieder den Soldaten zu.

Umstände erfordern würden. Eine Mitteilung wird den Kammern durch die Regierung zu Beginn der Dienstagnachmittags- Sitzung gemacht werden.“

Alles, was von deutscher Seite Frankreich bisher angeboten wurde, haben die Franzosen stets als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt. Der Führer hat in seiner Rede eingehend darüber berichtet. Jede Abklärung überhaupt war für die Franzosen unannehmbar, auch das Flottenabkommen mit England — das einzige Begrenzungsabkommen überhaupt — war für die Franzosen unannehmbar, ebenso die Vorschläge über einen Luftpakt. Am Samstag hat der Führer neue weitgehende Vorschläge zur Befriedigung Europas gemacht. Frankreich hat bisher immer abgelehnt. Wird es auch dieses Mal die Verständigung und den Frieden in Europa sabotieren?

London, 8. März. Neuer meldet aus Paris, die französische Regierung beabsichtige, in Genf internationale Sanktionen gegen Deutschland zu fordern. Sie wolle die Entscheidung des Völkerbundsrates anrufen, daß wirtschaftliche und finanzielle Sanktionsmaßnahmen gegen ein Land ergriffen werden sollen, das einseitig internationale Verpflichtungen anlehnt. Wie erinnerlich, sei diese Entscheidung in Straß nach der Verkündung der deutschen Wehrfreiheit im März letzten Jahres aufgestellt worden.

Die Unbelehrbaren

Paris, 8. März. Die Abendpresse unterstreicht die von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge „unannehmbar“ seien. Niemand denke daran, schreibt der „Temps“ zwar, die Tür zu einer etwaigen Verhandlung zu schließen, aber, so sehr er hinzu, es würde „außerordentlich gefährlich“ sein, eine Verhandlung ins Auge zu fassen, die von der „vollzogenen Tatsache der brutalen Belegung“ (!) eines Vertrages ihren Anfang nehme usw. Wie üblich, steht das Blatt den Frieden „gefährdet“. Es sei unzulässig, daß der Völkerbundsrat, der sich so streng gegenüber Italien in der Anwendung von Sühnemaßnahmen gezeigt habe, Schonung oder Gleichgültigkeit an den Tag legen könne angesichts einer Vertragsverletzung, die viel schwerer sei als die von Italien begangene.

Demgegenüber schreibt „Journal des Débats“ doch ein wenig nüchterner. Zwar ist es besonders darüber erboht, daß die englische Presse die Vorschläge mit jauchendem Wohlwollen aufgenommen habe. Die Bezeichnung „Einseitigkeit“, schreibt das Blatt, sei für diesen Geisteszustand der englischen Presse nicht zu hart. Um Deutschlands „Angriffe“ zum Scheitern zu verurteilen, gebe es keine andere

der Stadt, die am längsten fremde Besatzungen und fremde Fahnen gesehen hatte. Die große Rede des Führers wurde im ganzen Saarland mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen; noch während der Rede wurden überall die Fahnen herausgeholt. Die Formationen der Bewegung bildeten auf dem ganzen Wege vom Hauptgüterbahnhof bis zur Mitte Saarbrückens Spalier für die einrückenden Abteilungen. Kurz vor 16.30 Uhr traf der erste Transport ein. Junge Mädchen reichten den Mannschaften Blumenkränze. Der Einzug der Truppen erfolgte unter Vorantritt der Saarbrücker St.-Kapelle. Der Marsch in die Stadt gestaltete sich zu einem unvergleichlichen Triumphzug. Die Straßen waren von einer undurchdringlichen Menge besetzt. Alles jubelte immer und immer wieder den Soldaten zu.

Umstände erfordern würden. Eine Mitteilung wird den Kammern durch die Regierung zu Beginn der Dienstagnachmittags- Sitzung gemacht werden.“

Alles, was von deutscher Seite Frankreich bisher angeboten wurde, haben die Franzosen stets als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt. Der Führer hat in seiner Rede eingehend darüber berichtet. Jede Abklärung überhaupt war für die Franzosen unannehmbar, auch das Flottenabkommen mit England — das einzige Begrenzungsabkommen überhaupt — war für die Franzosen unannehmbar, ebenso die Vorschläge über einen Luftpakt. Am Samstag hat der Führer neue weitgehende Vorschläge zur Befriedigung Europas gemacht. Frankreich hat bisher immer abgelehnt. Wird es auch dieses Mal die Verständigung und den Frieden in Europa sabotieren?

London, 8. März. Neuer meldet aus Paris, die französische Regierung beabsichtige, in Genf internationale Sanktionen gegen Deutschland zu fordern. Sie wolle die Entscheidung des Völkerbundsrates anrufen, daß wirtschaftliche und finanzielle Sanktionsmaßnahmen gegen ein Land ergriffen werden sollen, das einseitig internationale Verpflichtungen anlehnt. Wie erinnerlich, sei diese Entscheidung in Straß nach der Verkündung der deutschen Wehrfreiheit im März letzten Jahres aufgestellt worden.

Die Unbelehrbaren

Paris, 8. März. Die Abendpresse unterstreicht die von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge „unannehmbar“ seien. Niemand denke daran, schreibt der „Temps“ zwar, die Tür zu einer etwaigen Verhandlung zu schließen, aber, so sehr er hinzu, es würde „außerordentlich gefährlich“ sein, eine Verhandlung ins Auge zu fassen, die von der „vollzogenen Tatsache der brutalen Belegung“ (!) eines Vertrages ihren Anfang nehme usw. Wie üblich, steht das Blatt den Frieden „gefährdet“. Es sei unzulässig, daß der Völkerbundsrat, der sich so streng gegenüber Italien in der Anwendung von Sühnemaßnahmen gezeigt habe, Schonung oder Gleichgültigkeit an den Tag legen könne angesichts einer Vertragsverletzung, die viel schwerer sei als die von Italien begangene.

Demgegenüber schreibt „Journal des Débats“ doch ein wenig nüchterner. Zwar ist es besonders darüber erboht, daß die englische Presse die Vorschläge mit jauchendem Wohlwollen aufgenommen habe. Die Bezeichnung „Einseitigkeit“, schreibt das Blatt, sei für diesen Geisteszustand der englischen Presse nicht zu hart. Um Deutschlands „Angriffe“ zum Scheitern zu verurteilen, gebe es keine andere

der Stadt, die am längsten fremde Besatzungen und fremde Fahnen gesehen hatte. Die große Rede des Führers wurde im ganzen Saarland mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen; noch während der Rede wurden überall die Fahnen herausgeholt. Die Formationen der Bewegung bildeten auf dem ganzen Wege vom Hauptgüterbahnhof bis zur Mitte Saarbrückens Spalier für die einrückenden Abteilungen. Kurz vor 16.30 Uhr traf der erste Transport ein. Junge Mädchen reichten den Mannschaften Blumenkränze. Der Einzug der Truppen erfolgte unter Vorantritt der Saarbrücker St.-Kapelle. Der Marsch in die Stadt gestaltete sich zu einem unvergleichlichen Triumphzug. Die Straßen waren von einer undurchdringlichen Menge besetzt. Alles jubelte immer und immer wieder den Soldaten zu.

Umstände erfordern würden. Eine Mitteilung wird den Kammern durch die Regierung zu Beginn der Dienstagnachmittags- Sitzung gemacht werden.“

Alles, was von deutscher Seite Frankreich bisher angeboten wurde, haben die Franzosen stets als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt. Der Führer hat in seiner Rede eingehend darüber berichtet. Jede Abklärung überhaupt war für die Franzosen unannehmbar, auch das Flottenabkommen mit England — das einzige Begrenzungsabkommen überhaupt — war für die Franzosen unannehmbar, ebenso die Vorschläge über einen Luftpakt. Am Samstag hat der Führer neue weitgehende Vorschläge zur Befriedigung Europas gemacht. Frankreich hat bisher immer abgelehnt. Wird es auch dieses Mal die Verständigung und den Frieden in Europa sabotieren?

London, 8. März. Neuer meldet aus Paris, die französische Regierung beabsichtige, in Genf internationale Sanktionen gegen Deutschland zu fordern. Sie wolle die Entscheidung des Völkerbundsrates anrufen, daß wirtschaftliche und finanzielle Sanktionsmaßnahmen gegen ein Land ergriffen werden sollen, das einseitig internationale Verpflichtungen anlehnt. Wie erinnerlich, sei diese Entscheidung in Straß nach der Verkündung der deutschen Wehrfreiheit im März letzten Jahres aufgestellt worden.

Die Unbelehrbaren

Paris, 8. März. Die Abendpresse unterstreicht die von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge „unannehmbar“ seien. Niemand denke daran, schreibt der „Temps“ zwar, die Tür zu einer etwaigen Verhandlung zu schließen, aber, so sehr er hinzu, es würde „außerordentlich gefährlich“ sein, eine Verhandlung ins Auge zu fassen, die von der „vollzogenen Tatsache der brutalen Belegung“ (!) eines Vertrages ihren Anfang nehme usw. Wie üblich, steht das Blatt den Frieden „gefährdet“. Es sei unzulässig, daß der Völkerbundsrat, der sich so streng gegenüber Italien in der Anwendung von Sühnemaßnahmen gezeigt habe, Schonung oder Gleichgültigkeit an den Tag legen könne angesichts einer Vertragsverletzung, die viel schwerer sei als die von Italien begangene.

Demgegenüber schreibt „Journal des Débats“ doch ein wenig nüchterner. Zwar ist es besonders darüber erboht, daß die englische Presse die Vorschläge mit jauchendem Wohlwollen aufgenommen habe. Die Bezeichnung „Einseitigkeit“, schreibt das Blatt, sei für diesen Geisteszustand der englischen Presse nicht zu hart. Um Deutschlands „Angriffe“ zum Scheitern zu verurteilen, gebe es keine andere